

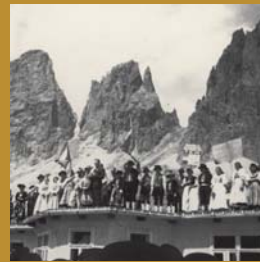


60
1946 - 2006



PARISER VERTRAG

Frederik Loggini



Gruber-Degasperi

Vorwort



Landeshauptmann
Luis Durnwalder

Erinnerung

Sind 60 Jahre Pariser Vertrag ein Anlass zur Freude oder zur Trauer? Die Meinungen darüber mögen auseinander gehen, eines ist aber sicher: Der Vertrag, den Karl Gruber und Alcide Degasperi am 5. September 1946 unterschrieben haben, war der erste Schritt auf dem Weg zur heutigen Autonomie. Im Jahre 2006 ist Südtirol ein Land, das in Wohlstand lebt und das drei Volksgruppen eine Heimat bietet. 60 Jahre Pariser Vertrag sind deshalb vor allem ein Anlass zur Erinnerung an den Ausgangspunkt dieser positiven Entwicklung.

Jeder Südtiroler, egal ob deutscher, italienischer oder ladinischer Muttersprache, muss sich eines vor Augen halten: Die wirtschaftliche Sicherheit, das friedliche Zusammenleben und die großen Zukunftschancen, die Südtirol bietet, sind keine Selbstverständlichkeiten.

In Zeiten der oft zitierten Politikverdrossenheit ist es deshalb wichtig, nicht nur das Geschichtsbewusstsein zu stärken, sondern auch das Bewusstsein, dass zu einem friedlichen Zusammenleben Kompromisse gehören. Das galt für die Verhandlungen zum Pariser Vertrag 1946 und das gilt auch heute noch.

Luis Durnwalder

Inhalt

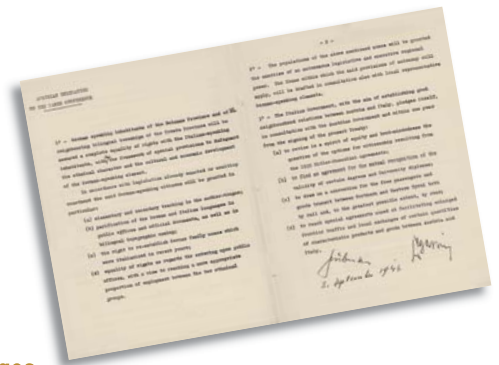
- 1 **Geschichte oder nur eine Geschichte?**
Das Bild zum Vertrag
- 2 **Die Welt und Südtirol**
Das 20. Jahrhundert im Zeitraffer
- 4 **Der Hauch des Kalten Krieges**
Südtirol: Ein Beistrich in der großen Geschichte
- 6 **Damals und heute 1946/2006:**
Südtirol im Wandel
- 8 **Aufbruch ins Ungewisse**
Südtirol 1945/46: Die Stunde Null



- 10 **Die Schlagzeilen zum Vertrag**
Die Reaktionen der zeitgenössischen Presse
- 12 **Minderheit in der Minderheit**
Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erhofften sich die Ladinern einen gesetzlich verankerten Schutz ihrer Volksgruppe



- 14 **Mendranza tla Mendranza**
La situaziun di Ladins do la secunda vera dl monn
- 15 **Zeitzeugen berichten...**
Neun Zeitzeugen berichten über ihre ganz persönlichen Erfahrungen in der Nachkriegszeit
- 20 **Chronik 1945/1946**
Vom Kriegsende zum Pariser Vertrag:
Die vielen kleinen Schritte vom Mai 1945 bis zum September 1946



- 22 **Im Geiste der Billigkeit und Weitherzigkeit...**
Der Pariser Vertrag
- 24 **Rückfahrkarte statt Selbstbestimmung**
Die unmittelbaren Auswirkungen des Pariser Vertrages
- 26 **„Rückoption war lebenswichtig“**
Interview mit Ludwig Steiner, in Paris Sekretär von Karl Gruber
- 27 **„Vertrag hat sich bewährt“**
Interview mit Giulio Andreotti, 1946 enger Mitarbeiter von Alcide Degasperi
- 28 **Die „Todeschi de Bolzan“**
Das Verhältnis der Trentiner zu den Südtirolern aus der Sicht eines Trentiners
- 30 **Vertrag wird Paket**
Silvio Magnago war der Politiker, der aus dem Pariser Vertrag das Paket und damit das neue Autonomiestatut entwickelt hat
- 31 **Südtirol wächst nach Europa**
Vom Pariser Vertrag zur EU
- 32 **Südtirollösung für die Tibetfrage?**
- 33 **Autonomie für alle**
Was hat Südtirol, was andere nicht haben?
- 35 **Die USA und Südtirol**
Die Sicht von außen
- 38 **Gesellschaft verändert sich, Autonomie auch**
- 40 **Zurück in die Zukunft?**
Die Entwicklung der Autonomie, beschrieben von einem italienischsprachigen Südtiroler
- 42 **Mit dem Pariser Vertrag in die Zukunft**
- 45 **Bücher, Bücher, Bücher...**
Die aktuelle Literatur zum Pariser Vertrag



Geschichte oder nur eine Geschichte?

Wenn ein geschichtliches Ereignis für ein bestimmtes Gebiet eine besondere Bedeutung annimmt, wird es ganz natürlich zum Gegenstand regelmäßiger Gedenkfeiern. Und damit wir uns ein solches historisches Ereignis vergegenwärtigen können, brauchen wir Abbildungen, die uns das Ereignis näher bringen, es für uns konkreter und verständlicher machen.

Im Hinblick auf die Zeitgeschichte bedeutet dies, dass wir ein Foto brauchen, das die Hauptakteure des Ereignisses darstellt und sie uns aus der weit zurückliegenden, abstrakten Vergangenheit leibhaftig vor Augen führt.

Fotos sind besonders dann erforderlich, wenn es um einen so feierlichen und offiziellen Augenblick geht, wie den der Unterzeichnung eines Vertrages zwischen den Vertretern verschiedener Nationen. Auch die regelmäßigen Gedenkfeiern zum Gruber-Degaspero-Abkommen wurden von Bildern begleitet, auf denen die beiden Staatsmänner bei der Unterzeichnung des Vertrags zu sehen sind. Schade nur, dass es an jenem weit zurückliegenden 5. September 1946 – soweit bekannt – keinen einzigen Fotografen gab, der das Ereignis verewigt hätte. Dies beweist, welche geringe Bedeutung dem Abkommen zwischen Italien und Österreich damals als

Medienereignis zukam, im Vergleich zu dem, was sich zur selben Zeit in der französischen Hauptstadt abspielte: die Verhandlung der Friedensverträge zwischen den Siegermächten und den Verlierern des Zweiten Weltkrieges.

In all den Jahren seit diesem zumindest für Südtirol denkwürdigen 5. September wurde das Fehlen von Bildern von der Vertragsunterzeichnung durch einige Aufnahmen kompensiert, die erst Jahre nach der Unterzeichnung gemacht wurden; auf diesen Fotos sind die beiden Politiker bei offiziellen Treffen dargestellt, die zwischen 1948 und 1952 stattgefunden haben. In vielen Fällen wurden diese Fotos mit falschen Bildunterschriften versehen, die auf das Datum der Vertragsunterzeichnung wiesen. Die Bilder wurden dazu benutzt, um den Abschluss des Pariser Vertrages bildhaft nachzustellen. Es handelt sich hier einerseits um ein deut-

liches Beispiel für die Gefahr, die sich hinter der massenhaften und manchmal übermäßig leichtfertigen Verwendung von fotografischem Material verbirgt – Fotos, die sich als einzigartige Vermittler von Wissen und Emotionen, aber auch als leicht manipulierbare sowie aus ihrem Ursprungskontext herauslösbare Informationsquellen erweisen; andererseits aber auch um ein interessantes Beispiel für die nachträgliche Konstruktion von Erinnerung: Die Unterzeichnung des Pariser Vertrages wird in der Vorstellung der Allgemeinheit tatsächlich mit dem Bild eines Händedrucks zwischen Degaspero und Gruber in Verbindung gebracht, der jedoch in Wirklichkeit erst fünfzehn Jahre später in Rom anlässlich der Unterzeichnung des italienisch-österreichischen Kulturabkommens zustande kam. ■

Andrea Di Michele

früheres Logo

Das 20. Jahrhundert in



Nach dem Waffenstillstand zwischen Österreich-Ungarn und Italien vom 3.

November **marschieren italienische Truppen** im heutigen **Südtirol** ein. Südtirol wird sofort nach der Besetzung hermetisch von Österreich abgeriegelt. Am 10. Oktober 1920 tritt das **Annektionsgesetz** in Kraft; Südtirol ist offiziell Teil Italiens.



Institut für Geschichte, Universität Wien

Hitler und Mussolini schließen am 22. Mai den „**Stahlpakt**“. Hitler will die Südtirolfrage „im Sinne der Aussiedlung“ lösen. Mit der Durchführung wird der Reichsführer der SS, Heinrich Himmler, beauftragt. Am 22. Juni vereinbart in Berlin eine deutsch-italienische Kommission, die **Südtirolfrage** durch eine Umsiedlung der Bevölkerung zu lösen.

Das so genannte **Options-Abkommen** wird am 21. Oktober unterzeichnet. 86 Prozent der Südtiroler „optieren“ in der Folge für die deutsche Staatsbürgerschaft.



Deutscher Reich

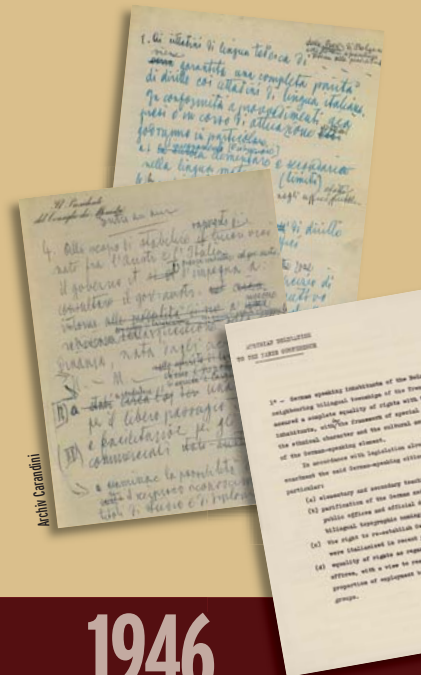
Nach dem Waffenstillstand Italiens mit den Alliierten **rücken deutsche Truppen** am 8. September in **Südtirol** ein.



Fotograf Robert Hoss, Deutschland

Aus den Provinzen Bozen, Trient und Belluno wird auf Befehl Hitlers am 10. September die Operationszone Alpenvorland.

Der österreichische Außenminister **Karl Gruber** und Italiens Ministerpräsident sowie Außenminister **Alcide DeGasperi** unterzeichnen die Vereinbarung, die als so genanntes **Pariser Abkommen** den Annex (Anhang) zum Artikel 10 des italienischen Friedensvertrags bildet und den deutschsprachigen Süd-



Archiv Carandini

1918

1939

1943

1946



APA

Am 9. November **flieht der deutsche Kaiser Wilhelm** aus Berlin, zwei Tage später geht der **österreichisch-ungarische Kaiser Karl** ins Exil. Das Ende der beiden Monarchien ist damit besiegelt.

Mit dem **Einmarsch der deutschen Wehrmacht** in Polen beginnt am 1. September der Zweite Weltkrieg. Bis 1945 fordert dieser Krieg 55 bis 60 Millionen Menschenleben.



APA, SP-Bildarchiv



APA, Bildarchiv

Am 19. April bricht der **Aufstand im Warschauer Ghetto** aus. Das Ghetto in der heutigen polnischen Hauptstadt wurde im Zweiten Weltkrieg von den Nationalsozialisten für die europäischen Juden errichtet.

Am 16. Oktober werden die **Todesurteile im Nürnberger Prozess vollstreckt**. Bei dem am 20. November 1945 eröffneten Prozess gegen die 22 Hauptkriegsverbrecher der nationalsozialistischen Führung vor dem eigens eingerichteten Internationalen Militärgerichtshof wurden erstmals



Südtirol und in der Welt

tirolern Gleichberechtigung mit den Italienern und eine Autonomie sichern soll.



Mit dem 1. Jänner tritt die **republikanische Verfassung Italiens** in Kraft, die im Artikel 116 eine Autonomie für die Region „Trentino – Tiroler Etschland“ vorsieht.

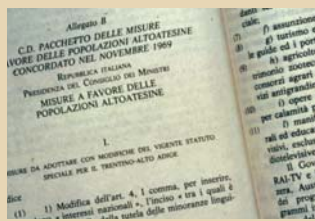


Die Verfassungsgebende Versammlung in Rom verabschiedet das Statut für die neu geschaffene Region am 29. Jänner. Gleichzeitig wird das **Optantendekret** genehmigt; es bildet die Grundlage für die Wiedererlangung der italienischen Staatsbürgerschaft für die Südtiroler Optanten des Jahres 1939 („Rückoption“).

Die Außerordentliche SVP-Landesversammlung nimmt am 22. November in Meran **Paket** und **Operationskalender** mit knapper Mehrheit an.



Der in das **Zweite Autonomiestatut** gegossene Maßnahmenkatalog tritt am 20. Jänner 1972 in Kraft.



Die UNO-Botschafter Italiens und Österreichs überreichen am 19. Juni UNO-Generalsekretär Boutros-Ghali die „Streitbeilegungserklärung“. Am 30. Jänner hatte Italiens Ministerpräsident **Giulio Andreotti** das **Paket** für erfüllt erklärt. Auf einer außerordentlichen Landesversammlung der SVP sprechen sich daraufhin 82,6 Prozent der Delegierten in geheimer Abstimmung für die Abgabe der Streitbeilegungserklärung aus. Die Tiroler Landesregierung, der Tiroler Landtag und der österreichische Nationalrat schließen sich dieser Entscheidung an.

1948

1969

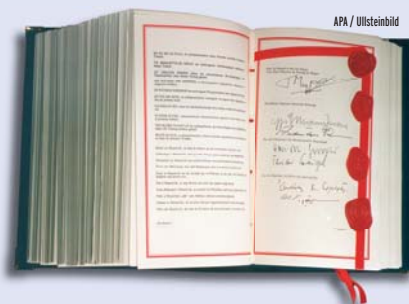
1992

in der Geschichte Politiker und Militärs sowie führende Personen aus der Wirtschaft persönlich für das Planen und Führen eines Angriffskrieges und für den Massenmord an Menschen in Konzentrations- und Vernichtungslagern zur Verantwortung gezogen.



Am 10. Dezember wird die **Allgemeine Erklärung der Menschenrechte** von der Generalversammlung der Vereinten Nationen genehmigt. Obwohl sie als Erklärung keinen völkerrechtlich verbindlichen Charakter besitzt, wird sie als Bestandteil des Völkergewohnheitsrechts angesehen.

21. Juli: Mit **Neil Armstrong** und **Edwin Aldrin** betreten die **ersten Menschen den Mond**. Dabei sprach Armstrong den berühmt gewordenen Satz „Dies ist ein kleiner Schritt für einen Menschen, aber ein großer Sprung für die Menschheit“. Die Mondlandung bildet den Höhepunkt des Wettlaufs ins All zwischen den USA und der Sowjetunion.



Am 7. Februar wird im niederländischen **Maastricht** der **Vertrag über die Europäische Union** unterzeichnet. Dieser Vertrag ist der erste Teilschritt auf dem Weg hin zu einer EU-Verfassung.

Der Hauch des Kalten Krieges

Will man die Beweggründe begreifen, die zum Abschluss des Pariser Vertrages geführt haben, so muss man den Blick zuallererst auf die schwierigen Beziehungen zwischen den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs richten. Unmittelbar nach Ende des Kriegs machten sich auch in der Südtirolfrage bereits die ersten Anzeichen des Kalten Krieges bemerkbar.

Die Südtirolfrage war damals alles eher als ein Problem zwischen Italien und Österreich. Vielmehr fügte sie sich völlig in den Rahmen der Neudefinition der Mächteverhältnisse zwischen den europäischen Staaten zu Beginn des Kalten Kriegs ein. Beim näheren Hinsehen fällt auf, dass sich der internationale Charakter der Südtirolfrage wie ein roter Faden durch die wichtigsten Etappen der Geschichte Südtirols in den letzten hundert Jahren zieht: Er war bereits in den Jahren 1918/19 offensichtlich, als die Grenze am Brenner gezogen wurde, genauso in den Jahren 1945/46 und in den Jahren 1960/61 (Resolutionen der UNO zugunsten neuer Verhandlungen zwischen Italien und Österreich) und schließlich auch im Jahr 1992 (formale Streitbeilegung vor den Vereinten Nationen). Auch heute ist dieser internationale Charakterzug vorhanden, da die Südtirolfrage nicht unabhängig vom größeren Rahmen des europäischen Vereinigungsprozesses erörtert werden kann.

Italien oder Österreich

Die Hauptfrage, die sich 1945 stellte, betraf das Schicksal Südtirols: Sollte es weiterhin bei Italien bleiben oder zu Österreich zurückkehren? Gewissermaßen stellte sich das Dilemma der ersten Nachkriegszeit aufs Neue. Im Jahr 1918 gehörte Südtirol zu Österreich, aber aus verschiedenen Gründen begünstigten die Umstände eher seinen Übergang zu Italien als seinen Verbleib im Nachfolgestaat der k.u.k.-Monarchie. Österreich-Ungarn hatte den Krieg verloren und



Fototermin auf der Terasse von Schloss Cecilienhof am 28.07.1945; von links: der neugewählte britische Premierminister Clement Attlee, der amerikanische Präsident Harry S. Truman, der sowjetische Staatschef Josef Stalin; dahinter von links: Präsidentenberater Admiral William D. Leahy, der britische Außenminister Ernest Bevin und dessen amerikanischer Amtskollege James F. Byrnes.

begann unter dem Druck interner Nationalismen zu zerfallen. Italien hingegen gehörte zu den Siegermächten und verlangte – zum Schaden seines „Erbfeindes“ – die Gebiete, die ihm als Belohnung für die Kriegsbeteiligung auf der Seite der so genannten Triple Entente versprochen worden waren.

Im Jahr 1945 standen die Dinge für Österreich nur scheinbar günstiger. Zwar waren nun beide Staaten Kriegsverlierer, weshalb Italien nun nicht mehr einen offensichtlichen Vorteil genoss, aber seine Position war doch um einiges günstiger als die Österreichs. Immerhin konnte Italien auf zwanzig Monate Kriegsbeteiligung auf der Seite der Alliierten und auf die Entstehung einer starken Widerstandsbewegung nach dem 8. September 1943 hinweisen. Bereits im März 1944 hatte Italien die Befugnis zur Führung diplomatischer Beziehungen zu

anderen Ländern zurück erworben und diplomatische Vertretungen in den verbündeten Ländern eingerichtet. Ganz anders war es hingegen um Österreich bestellt, dessen provisorische Regierung unter Karl Renner von den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich erst im Oktober 1945 anerkannt wurde, als der Entschluss der „Großen“, dass die Grenze am Brenner praktisch unverändert bleiben sollte, bereits feststand. Auf diplomatischer Ebene hatte Rom also im Vergleich zu Wien weitaus mehr Möglichkeiten, seine Forderungen einzubringen.

Eine noch wichtigere Rolle spielten aber der internationale Rahmen und die Interessen der Siegermächte. Europa war bereits dabei, in den Kalten Krieg hineinzuschlittern, und vor allem auf amerikanischer Seite wurde genau untersucht, welche Auswir-

kungen der Verlust Südtirols auf den neuen italienischen Verbündeten haben könnte.

Noch vor Ende des Kriegs stellte Italien in den Augen der USA die Front des Konflikts dar, der sich zwischen Ost und West abzuzeichnen begann, und zwar sowohl aufgrund seiner geographischen Nähe zum sowjetischen Einflussgebiet, als auch aufgrund der Stärke der italienischen kommunistischen Partei. Unter diesen Bedingungen erschien es von grundlegender Wichtigkeit, Italien mit allen Mitteln zu unterstützen, um es diesem Staat zu ermöglichen, jenen Kräften entgegenzuwirken, die den Weg Italiens in einen neuen Totalitarismus und somit in einen politischen Block ebneten, der den Interessen der Vereinigten Staaten diametral entgegengesetzt ist.

Ost-West-Konflikt bricht aus

Man war dabei, Italien einen harten Friedensvertrag aufzuzwingen, der große territoriale Verluste entlang der Ostgrenze, die Abtretung einiger Ortschaften nahe der Grenze an Frankreich und der Dodekanes-Inseln an Griechenland sowie im Anschluss daran den Verlust der afrikanischen Kolonien vorsah. Die USA waren jedoch der Ansicht, dass man Italien nicht zusätzlich durch den Verlust Südtirols schwächen sollte. Südtirol sollte in der Tat durch seine hohe Produktion von Wasserkraft einen wichtigen Beitrag zum wirtschaftlichen Aufschwung Italiens leisten, was – davon war man überzeugt – die beste Impfung gegen die lauernde Gefahr des Kommunismus darstellte.

Österreich hingegen betrachteten die Alliierten als einen gefährdeten Staat, da es zum Teil vom sowjetischen Heer besetzt war und jederzeit ins Einflussgebiet der Sowjetunion hätte fallen können. So hätte eine Übergabe Südtirols an Wien womöglich bedeutet, es

Moskau zu erlauben, einen noch tieferen Keil in den europäischen Kontinent zu treiben. Aber auch die Sowjets spielten ihre Karten nicht zugunsten Österreichs aus. Tatsächlich war auf ihrer Seite der Wille vorherrschend, jede Situation zu vermeiden, die zu einer Erstarkung Deutschlands im Herzen Europas geführt hätte. Ausschlaggebend für die sowjetische Position war



Der sowjetische Außenminister Wjatscheslaw Molotow



aber die als übertrieben amerikafreundlich betrachtete Haltung des Ministers Gruber. Außerdem wollte die UdSSR nicht, dass das Thema des Schutzes der nationalen Minderheiten auf die internationale Tagesordnung gesetzt wurde, zumal es für sie und ihre Satellitenstaaten ein enormes Problem darstellte, das sie durch massive Völkerdeportationen zu lösen gedachten.

Durch die Friedensverträge wurden in Osteuropa ganz neue Grenzen gezogen. Deutschland verlor riesige Gebiete im Osten und die deutschen Bevölkerung, die seit Jahrhunderten dort lebte, wurde gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Eine ethnische Säuberungsaktion von ungeheuerlichen Ausmaßen, begleitet von Massakern und Grausamkeiten, verursachte den größten Massensexodus in der europäischen Geschichte. Die Zahlen sind erschreckend: etwa 16 Millionen vertriebene Deutsche und mehr als zwei Millionen Tote aufgrund von Entbehrungen und Gewalt. Auf diese Art und Weise äußerte sich einerseits der ungezügelte Hass gegen die Deutschen am Ende des Kriegs; andererseits wollte man dadurch im Osten Staaten entstehen lassen, die ethnisch homogener waren, als dies am Ende des Ersten Weltkriegs der Fall war.

All das muss berücksichtigt werden, wenn man ein Urteil über den Pariser Vertrag abgibt, der den Schutz der kulturellen und sprachlichen Besonderheiten der deutschen Bevölkerung, die Gewährung einer Form von Selbstregierung und die Rückgabe der italienischen Staatsbürgerschaft an die Optanten des Jahres 1939 regelte.

Den Südtirolern blieb ein ähnliches Schicksal wie das der anderen deutschsprachigen Bevölkerungen, die sich außerhalb der deutschen und österreichischen Grenzen befanden, erspart. Doch war die-

ser günstige Ausgang keine Selbstverständlichkeit, umso mehr, als ein Großteil der Südtiroler im Jahr 1939 für das Deutsche Reich optiert hatte.

Das Verdienst der Alliierten, und insbesondere der Briten, bestand darin, dass sie sich nicht damit zufrieden gegeben hatten, den Verbleib Südtirols bei Italien festzulegen, sondern die beiden Verlierer dazu ge-

zwungen hatten, die bestehende Grenze zu akzeptieren und einen Vertrag auszuarbeiten, der den Schutz der deutschsprachigen Minderheit gewährleistete und eine Neuregelung der Option „im Geiste der Billigkeit und Weitherzigkeit“ vorsah. Zwar war es damals nicht vielen bewusst, aber es war wohl der erste, mühsame Schritt auf dem schwierigen Weg des Zusammenlebens der Sprachgruppen in Südtirol. ■

Andrea Di Michele

DER AUTOR

Andrea Di Michele

Andrea Di Michele, geboren 1968 in Bozen, Historiker, Dissertation in Zeitgeschichte an der Universität Turin, arbeitet am Südtiroler Landesarchiv und hat zahlreiche Publikationen zur Zeitgeschichte Südtirols und Italiens veröffentlicht.

fränkischer Bergbau

Damals und heute

Größer könnte der Unterschied nicht sein: 1946 stand Südtirol vor den Trümmern von 20 Jahren Faschismus und Nationalsozialismus, Bozen war eine von Zerstörung gekennzeichnete Stadt. Heute ist die Landeshauptstadt pulsierendes Zentrum eines wohlhabenden Landes. Die Trümmer sind längst verräumt, beschädigte Gebäude wurden renoviert oder sind modernen Neubauten gewichen.



Josef Penzler



Josef Penzler

Die Gerbergasse im Herzen Bozens: Das moderne Gebäude in der Bildmitte ist erst vor wenigen Jahren gebaut worden. Bis dahin bot die enge Gasse dasselbe Erscheinungsbild wie 1946. Natürlich mit dem Unterschied, dass die nach Kriegsende zerstörten Gebäude renoviert worden waren.



Josef Penzler



Stadtarchiv Bozen



Stadtarchiv Bozen

Blick vom Virgl auf die Trient-Straße in Bozen: Wo heute Wohnhäuser und üppiges Grün vorherrschen, war 1945 eine Trümmerlandschaft. Ziel der Bombenangriffe war der nahe liegende Bahnhof.



Die Dominikanerkirche war bis auf die Grundmauern zerstört. Sie wurde erst in den 1950er Jahren wieder aufgebaut. Noch heute werden Restaurierungsarbeiten durchgeführt



Nicht wiederzuerkennen: Die Weintraubengasse, die vom Bozner Rathausplatz in Richtung Bahnhof führt, hat ihr Aussehen in den vergangenen 60 Jahren vollkommen verändert. An die Stelle von Schutt und Asche sind farbenprächtige Häuserfassaden getreten.



In der Fassade des Bozner Bahnhofs klaffte nach Kriegsende ein riesiges Loch. Von der Zerstörung ist längst nichts mehr zu erkennen. Nun steht die Umgestaltung des Bahnhofsgeländes an: Wie der Bahnhofplatz wohl in 60 Jahren aussehen wird?



Südtirol 1945/46

Aufbruch ins Ungewisse

Europa vor 60 Jahren: Ein vom Krieg gezeichneter Kontinent, Deutschland und Österreich von vier Besatzungsmächten regiert, die ersten Anzeichen einer Teilung des Kontinents in eine westliche und eine sowjetische Einflusszone zeichnen sich ab, neue Staatsgrenzen werden gezogen, Millionen Menschen auf der Flucht, ohne Heimat. Was wird aus Südtirol?



Kriegsende 1945. Während die italienische Bevölkerung Südtirols das Eintreffen der Alliierten jubelnd als Befreiung erlebte, war die Haltung der Südtiroler von Ungewissheit und Sorge über die künftige staatliche Zugehörigkeit des Landes überlagert. Der Übergang vom Chaos des Kriegsendes hin zu einer mühsamen Normalisierung und zur Klarheit über die künftige staatsrechtliche Position Südtirols dauerte noch Jahre. Südtirols territoriale Zukunft blieb zunächst ungeklärt. Südtirol war eine Art „Niemandland“. Während viele Südtiroler nach zwanzigjähriger faschistischer Entnationalisierungspolitik auf eine Loslösung von Italien hofften, wurden Millionen von „Volksdeutschen“ aus Polen, Tschechien, Slowenien und Rumänien vertrieben. Mittel- und osteuropäische Staaten lösten die Frage ihrer deutschen Minderheiten radikal und teilweise gewalttätig. Italien lag zunächst auf dieser Linie und verlangte die Aussiedlung der Südtiroler „Optanten“ und damit den Abschluss der Umsiedlung von 1939. Das wurde von den Alliierten abgelehnt. Bis zu einer endgültigen Regelung sollte der Status quo gewahrt bleiben. Damit blieb den Südtirolern als einer der ganz wenigen deutschsprachigen Minderheiten in Europa nach 1945 das Schicksal



Die zerstörte Franziskanerkirche in Bozen: 1945 stand Südtirol vor dem Neuanfang.

der Vertreibung erspart. Ministerpräsident Alcide Degasperi verwies Ende 1945 auf die angebliche italienische Duldsamkeit: „Das einzige Gebiet, das den Deutschen Schutz und Asyl bietet, ist das Alto Adige.“

Optanten dürfen bleiben

Das vorläufige Bleiberecht war aber weniger Italiens Großzügigkeit zu verdanken, als vielmehr ein Verdienst der Alliierten. Als besiegter Staat konnte Italien gegenüber den Siegermächten keine solchen Forderungen stellen. Das Land war von Briten und US-Amerikanern besetzt, das letzte Wort hatte die Alliierte Militärregierung, nicht Rom.

Die Gründer der Südtiroler Volkspartei forderten schon bei ihrer ersten Sitzung am 8. Mai 1945 „den Anspruch des Südtiroler Volkes auf Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes“ ein, was indirekt nichts anderes als die Forderung der Rückkehr Südtirols nach Österreich bedeutete. Damit stießen die Südtiroler Politiker bei den Siegermächten zunächst aber auf wenig Sympathien, alles „Deutsche“ hatte bei den Alliierten 1945 keine guten Karten. Österreich selbst konnte auch nicht helfen. Es war ein besetztes kleines Land, das auf dem inter-

nationalen Parkett nichts mitzureden hatte, im Übrigen hatten die Österreicher bis zum letzten Tag an der Seite Hitler-Deutschlands gekämpft. Auf der anderen Seite stand Italien, das bis 1943 unter der Führung Mussolinis auf deutscher Seite ein Großreich erobern wollte. Italien wurde schließlich von den Siegern ein harter Friedensvertrag diktiert. Umso wichtiger wurde für Italien die Verteidigung der Brennergrenze.

Auf der Außenministerkonferenz der Alliierten im September 1945 in London wurde von keinem der alliierten Vertreter eine Änderung der Grenze vorgeschlagen. Damit trafen die Alliierten in wenigen Minuten über Südtirol eine Grundsatzentscheidung, an der in der Folgezeit festgehalten wurde: die Brennergrenze sollte bleiben.

Aktive Briten

Die Briten übernahmen dann die aktivste Rolle in Sachen Südtirol und übten starken Druck sowohl auf Italien als auch auf Österreich aus. Der Konfliktherd am Brenner sollte durch einen Kompromiss gelöst werden. Dabei waren bereits die ersten Vorböten des Kalten Krieges zu spüren, weder Österreich noch Italien sollten geschwächt und in die „Arme der Russen“ getrieben werden. Auf



Sinnbild des Wiederaufbaus:
Der Bozner Messeumzug am Waltherplatz.

zweifellos einer der Eckpfeiler des Vertrages. Damit konnten die Südtiroler Optanten, und das war die überwiegende Mehrheit der deutschsprachigen Bevölkerung, die italienische Staatsbürgerschaft wiedererwerben. Nur durch den Wiedererwerb der italienischen Staatsbürgerschaft war das Bleiberecht und die politische Mitsprache gewährleistet. Ohne die staatsbürgerlichen Rechte wären alle anderen Punkte im Vertrag von Paris in der Praxis wertlos gewesen, denn sie hätten nur für die Minderheit der Dableiber (ca. 20 Prozent) Gültigkeit gehabt. Dennoch dauerte es noch bis zum Jahr 1949, bis die ersten Rücksiedler legal nach Südtirol einreisen konnten (vgl. den Beitrag von Stefan Lechner). Südtirol war durch das Gruber-Degasperi-Abkommen auch nicht mehr „eine rein inneritalienische Angelegenheit“ wie noch in der Zwischenkriegszeit, sondern war zumindest bilateralisiert, mit Österreich als Vertragspartner Italiens.

Konkrete Umsetzung

Vieles hing davon ab, wie die wenigen Zeilen des Abkommens in konkrete Maßnahmen umgesetzt werden würde, ob der „europäische Geist von Paris“ auch in den Mühen der alltäglichen Politik wirken würde. Ab den 50er Jahren wurde dieser Geist in beiden Ländern bald wieder nationalen und parteipolitischen Interessen untergeordnet. In Rom wollte man von Verpflichtungen und



1949: Die Bozner Messe auf dem Gerichtsplatz

Grund des britischen Drucks, kam es dann innerhalb der nächsten Wochen zu einem österreichisch-italienischen Kompromiss.

Am 5. September 1946 unterzeichneten der italienische Ministerpräsident Alcide De Gasperi und der österreichische Außenminister Karl Gruber in Paris das nach ihnen benannte Abkommen, in dem der Grundstein für die Zukunft der Südtiroler gelegt wurde. Dieses „Pariser Abkommen“ wurde Bestandteil des im Februar 1947 unterzeichneten Friedensvertrages zwischen den Siegermächten und Italien. Viel ist seither über seinen rechtlichen Charakter, seine Schwächen und seinen Wert für den Schutz der Sprachminderheit diskutiert worden. Die prinzipielle Möglichkeit des Wiedererwerbs der italienischen Staatsbürgerschaft ist aber

dem Mitspracherecht Österreichs nichts mehr wissen und in Österreich und Südtirol verstummten Forderungen nach einer Loslösung Südtirols von Italien nicht. Erst mit dem Ausbau der Autonomie, der europäischen Einigung und dem Ende des Kalten Krieges entspannte sich die Situation in Südtirol endgültig.

In der Rückschau könnte der Kontrast kaum größer sein: Die Südtiroler, 1945 noch rechtlose Ausländer im eigenen Land mit ungewisser Zukunft, sind heute eine geschützte und wohlhabende Sprachminderheit Europas. Das Gruber-Degasperi-Abkommen legte das Bleiberecht der deutschsprachigen Bevölkerung prinzipiell fest und kann aus dieser Sicht daher mit Recht als wegweisend für Südtirol gelten. ■

Gerald Steinacher

Schon wenige Wochen nach Kriegsende wurde das Bozner Durchgangslager in ein Kinderferienlager verwandelt.



DER AUTOR

Gerald Steinacher

Gerald Steinacher, geboren 1970 in St. Johann in Tirol, seit 2000 Archivar und Zeit-historiker am Südtiroler Landesarchiv, derzeit Research Fellow am Center for Advanced Holocaust Studies (Washington, DC). Zahlreiche Veröffentlichungen zur italienischen und österreichischen Zeitgeschichte.

Gruber-Degasper

Die Schlagzeilen zum Vertrag

Der Pariser Vertrag in den Schlagzeilen der zeitgenössischen Presse: Die Bewertungen gehen je nach Erscheinungsort und -datum der Zeitung weit auseinander.

Tiroloer Tageszeitung
UNABHÄNGIGES ÖSTERREICHISCHES VOLKSBLATT
2. Jahrgang
Sommer 1946
Samstag, den 7. September 1946

Vereinbarung Dr. Gruber - Degasper

Autonomie für Südtirol - Internationale Garantie - Rückkehr der Öpintenen

Erklärungen Degasper

Paris, 6. September. Die italienische Delegation mit der italienischen Regierung in London und Mitgliedern der italienischen Delegation, Caradati, die vor dem italienischen Premierminister Dr. Gruber und dem italienischen Außenminister Dr. De Gasperi am 6. September 1946 in Rom ein abschließendes Abkommen über die Autonomie Südtirols unterzeichneten. Das Abkommen ist ein wichtiger Schritt zur Lösung der Südtirolfrage. Die Autonomie Südtirols wird durch internationale Garantien gesichert. Die Rückkehr der Öpintenen wird ebenfalls geregelt.

Alto Adige
QUOTIDIANO DEL COMITATO DI LIBERAZIONE NAZIONALE DI BOLZANO
Domenica, 22 settembre 1946

IL GIOCO È FATTO

L'accordo italo-austriaco incluso nel trattato di pace

De Gasperi lascerà il dicastero degli esteri?

Continuano a Montecitorio critiche a De Gasperi

Aggravamento delle sanzioni per i reati di carattere annuario

Eliminare l'odio fratricida e il settarismo sterile.

Il Brennero non è più in discussione. L'approvazione dell'art. 10 relativo al movimento di passeggeri e di traffico mercantile tra il Tirolo settentrionale e meridionale.

SEDE E UFFICI:
Via Bontorino 4, Torino n. 26
TELEFONI:
Direzione 11550 - Redazione 13.111
- 13.113 Amministrazione 18.566

A. N. 223 - C. C. P. 14/2234

IL GIOCO È FATTO

L'accordo italo-austriaco incluso nel trattato di pace

De Gasperi lascerà il dicastero degli esteri?

Continuano a Montecitorio critiche a De Gasperi

Il Brennero non è più in discussione. L'approvazione dell'art. 10 relativo al movimento di passeggeri e di traffico mercantile tra il Tirolo settentrionale e meridionale.

Alto Adige
QUOTIDIANO DEL COMITATO DI LIBERAZIONE NAZIONALE DI BOLZANO
Domenica, 22 settembre 1946

IL GIOCO È FATTO

L'accordo italo-austriaco incluso nel trattato di pace

De Gasperi lascerà il dicastero degli esteri?

Continuano a Montecitorio critiche a De Gasperi

Aggravamento delle sanzioni per i reati di carattere annuario

Eliminare l'odio fratricida e il settarismo sterile.

Il Brennero non è più in discussione. L'approvazione dell'art. 10 relativo al movimento di passeggeri e di traffico mercantile tra il Tirolo settentrionale e meridionale.

Massbote

Organ der Südtiroler Volkspartei
Bozen, den 12. September 1940

Entscheidung

Zwischen Österreich und Italien wurde in Paris ein Abkommen über Südtirol abgeschlossen, und zwar durch die beiden italienischen Außenminister De Goro und De Michelis, dessen Inhalt wir an anderer Stelle veröffentlicht haben. Das bedeutet für uns die Entscheidung, nach langer und mühsamer Verhandlung, die Südtiroler Bevölkerung, welche sich vor dem Freireferendum äußern, die Idee der Freireferendum, welche nach dem von uns empfohlenen Nativitäten für den Fall, dass ein solches Referendum abgehalten wird, zu berücksichtigen sein wird. Es ist uns sehr wichtig, dass die Freireferendum, welche sich vor dem Freireferendum äußern, die Idee der Freireferendum, welche nach dem von uns empfohlenen Nativitäten für den Fall, dass ein solches Referendum abgehalten wird, zu berücksichtigen sein wird.

Der Inhalt des Abkommens

Das Abkommen ist ein Dokument, das die Beziehungen zwischen Österreich und Italien über Südtirol regelt. Es enthält Bestimmungen über die Autonomie, die Gleichstellung der deutschsprachigen Bevölkerung mit der italienischsprachigen Bevölkerung, die Handelsbeziehungen mit Österreich und die Revision des Grenzvertrages von 1908.

Ein Kompromiss

Das Abkommen stellt einen Kompromiss dar, der die Interessen aller Parteien berücksichtigt. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, um die Probleme Südtirols zu lösen.

Volksstimmen

Tagblatt der Südtiroler
Montag, 5. September 1940
Nr. 205

Ein Abkommen über Südtirol zwischen der italienischen und der österreichischen Regierung sieht die Gewährung einer Autonomie, die Gleichstellung der deutschsprachigen Bevölkerung mit der italienischsprachigen, Handelsbeziehungen mit Österreich und die Revision des Grenzvertrages von 1908 vor

Ein Kompromiss
Das Abkommen stellt einen Kompromiss dar, der die Interessen aller Parteien berücksichtigt. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, um die Probleme Südtirols zu lösen.

Das Abkommen ist ein Dokument, das die Beziehungen zwischen Österreich und Italien über Südtirol regelt. Es enthält Bestimmungen über die Autonomie, die Gleichstellung der deutschsprachigen Bevölkerung mit der italienischsprachigen Bevölkerung, die Handelsbeziehungen mit Österreich und die Revision des Grenzvertrages von 1908.

Der Inhalt des Abkommens

Das Abkommen ist ein Dokument, das die Beziehungen zwischen Österreich und Italien über Südtirol regelt. Es enthält Bestimmungen über die Autonomie, die Gleichstellung der deutschsprachigen Bevölkerung mit der italienischsprachigen Bevölkerung, die Handelsbeziehungen mit Österreich und die Revision des Grenzvertrages von 1908.

Der Inhalt des Abkommens

Das Abkommen ist ein Dokument, das die Beziehungen zwischen Österreich und Italien über Südtirol regelt. Es enthält Bestimmungen über die Autonomie, die Gleichstellung der deutschsprachigen Bevölkerung mit der italienischsprachigen Bevölkerung, die Handelsbeziehungen mit Österreich und die Revision des Grenzvertrages von 1908.

Nachrichtl. Der Kampf

Der Kampf um Südtirol ist ein Kampf um die Autonomie und die Gleichstellung der deutschsprachigen Bevölkerung mit der italienischsprachigen Bevölkerung. Es ist ein Kampf um die Rechte der Südtiroler Bevölkerung.

Kampf für Südtirol

Der Kampf für Südtirol ist ein Kampf um die Autonomie und die Gleichstellung der deutschsprachigen Bevölkerung mit der italienischsprachigen Bevölkerung. Es ist ein Kampf um die Rechte der Südtiroler Bevölkerung.

Die Südtiroler

Die Südtiroler sind die Bevölkerung Südtirols. Sie sind die Träger der Südtiroler Kultur und der Südtiroler Identität.

„Neues Österreich“, 24. September

„Das Abkommen stellt nach Meinung Minister Grubers das Höchstmaß des Erreichbaren dar, aber man muss feststellen, dass dieses Höchstmaß in keiner Weise auch nur das Mindestmaß der Autonomieforderungen der Südtiroler gewährleistet... Alles hängt vom guten Willen der italienischen Regierung ab, die, ohne wirklich etwas zu geben, einen großen Gegenwert erhalten hat: unseren Verzicht auf die Forderung nach einer Volksabstimmung.“

Erklärungen des Ministerpräsidenten

Der Ministerpräsident hat erklärt, dass das Abkommen ein Kompromiss ist, der die Interessen aller Parteien berücksichtigt. Er ist ein Schritt in die richtige Richtung, um die Probleme Südtirols zu lösen.

Erklärungen des Ministerpräsidenten

Der Ministerpräsident hat erklärt, dass das Abkommen ein Kompromiss ist, der die Interessen aller Parteien berücksichtigt. Er ist ein Schritt in die richtige Richtung, um die Probleme Südtirols zu lösen.



25. September 1946
Lieber Generaldirektor Prunas,
... wir haben zur Abwechslung mit Männern gearbeitet, die in bester Absicht handelten. So ist ein Vertrag entstanden, der auf persönlichen Vertrauensverhältnissen beruht. Er ist - wie alles - weit entfernt von Perfektion und seine Umsetzung hängt beider vom Handeln im guten Glauben wieder vom Handeln im guten Glauben ab... fehlt dieser gute Glaube auf der einen oder anderen Seite, sind wir gescheitert.
Botschafter
Nicolò Carandini

Minderheit in der Minderheit

Das faschistische Italien hat die Dolomitenladiner auf drei Provinzen aufgeteilt. Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs sahen die Ladiner die Chance einer Wiedervereinigung und eines gesetzlich verankerten Schutzes ihrer Volksgruppe. Im Pariser Vertrag aber werden die Ladiner nicht berücksichtigt.

Gleich nach Kriegsende übernimmt Cortina die politischen Anliegen der ladinischen Volksgruppe und die Initiative zur Einigung der Ladiner, die auf die drei Provinzen Bozen, Trient und Belluno aufgeteilt sind. Mit einem Memorandum und dem Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht wenden sie sich im August 1945 an die Südtiroler Volkspartei, an die Tiroler Landesregierung und an die provisorische österreichische Regierung mit der Hoffnung, dass ihre Bitte an die Alliierten überreicht werde. Bis zu den entscheidenden Konferenzen der alliierten Außenminister lassen die vielen Südtirolmemoranden in Bezug auf das Territorium auch keine Zweifel offen: Selbstbestimmung für die Provinz Bozen, das Unterland, das zu diesem Zeitpunkt zur Provinz Trient gehört, und das gesamte ladinische

Gebiet. Aber im Herbst 1945 fällt eine alliierte Vorentscheidung, die im Frühjahr 1946 bestätigt wird: Südtirol bleibt bei Italien, und die Losung heißt Autonomie.

Ladiner fordern Selbstbestimmung

Die Ladiner verfolgen auch nach dem Ende der Selbstbestimmungsstrategie die Idee der ladinischen Wiedervereinigung. Eine entsprechende Resolution vom Mai 1946 mit der zentralen Forderung nach Wiedervereinigung in der Provinz Bozen stammt wieder aus Ampezzo, parallel dazu formuliert der Fassaner Guido Iori Rocia in einem Flugblatt die Idee eines ladinischen Bundeskantons. Im Juni 1946 schließen sich die Ladinervertreter am Grödner Joch zur „zent ladina dles dolomites“ zusammen und verabschieden eine gemeinsame Resolution, in der die Anerkennung der ladinischen Volksgruppe und die Rückgliederung an die Provinz Bozen gefordert werden. Auch schickt die Zent Ladina ein Telegramm an Ministerpräsident Alcide De Gasperi, das die Forderungen nach Anerkennung, Rückgliederung und Autonomie wiederholt.

Telegramm an De Gasperi

Das Telegramm bleibt aber unbeantwortet, worauf die Zent Ladina am 18. Juli 1946 ein Memorandum an die Adresse der Alliierten übermittelt, worin wieder an das Unrecht der ladinischen Dreiteilung erinnert und der Anschluss an Südtirol gefordert wird. Neben der Zent Ladina ist in der un-



mittelbaren Nachkriegszeit auch die 1905 gegründete „union generela de ladins“ für die Wiederaufnahme der kulturellen Anliegen und Arbeiten der Ladiner aktiv.

Am 23. August 1946 fixieren die Südtirolvertreter in Paris auf Grubers Wunsch ihre Autonomievorstellungen noch als Maximalforderung, obwohl es für solche Anliegen bereits zu spät ist. Das Autonomiegebiet soll Südtirol einschließlich der ladinischen Gebiete umfassen. Im offiziellen Memorandum der österreichischen Regierung vom 25. August 1946 wird dann eine Verwaltungsautonomie nach dem Muster des Aosta-Statuts gefordert und zwar für die Provinz Bozen und einige zugehörige Gemeinden, also das deutsch- und ladinischsprachige Gebiet. Im Anhang werden, zusammen mit anderen deutschen Gemeinden, die ladinischen Gemeinden in der Provinz Trient, nämlich Canazei, Vigo, Moena sowie die zur Provinz Belluno gehörenden Gemeinden Cortina, Colle Santa Lucia und Livinallongo aufgelistet. Ladinien's erstes politisches Anliegen ist es, diesen Annex zu Artikel 10, nämlich die Auflistung der ladinischen Gemeinden aller drei Provinzen, beizubehalten, um in

Prozession in Kolfuschg in der unmittelbaren Nachkriegszeit.





Die Ladiner fordern in der Kundgebung am Sellajoch den Zusammenschluss aller Ladinertäler in der Provinz Bozen.

Zukunft eine gemeinsame ladinische Politik betreiben zu können. Die Schwierigkeiten liegen aber genau darin, das Autonomiegebiet abzugrenzen.

Autonomie abgrenzen

Unter enormem Zeitdruck müssen Österreich und Italien eine Lösung finden. Italiens Botschafter und Chefunterhändler Niccolò Carandini meint gegenüber Außenminister Karl Gruber, es sei die Beilage zum Artikel 10, nämlich die Auflistung der Gemeinden, die ihm die Sache zu verkomplizieren scheine. Daraufhin wird überlegt, wie man diese Formel durch eine einfachere ersetzen könne, und die große Sorge liegt darin, dass Alcide De Gasperi auch Trient in das Autonomiegebiet mit einbeziehen könne. Am 1. September 1946 präsentiert Italien seinen Gegenentwurf, der eine Autonomie enthält - ohne Ladiner - und wegen des Zusatzes, „selbst für den Fall einer späteren Erweiterung der Verwaltungsgrenzen“ eine Autonomie, die territorial unterschiedlich auslegbar ist. In den ersten Septembertagen kommt es zu den grundsätzlichen, hitzigen

und letzten Gesprächen, in denen die Südtiroler am 2. September 1946 noch „unerlässliche Punkte“ nennen. In Bezug auf die Ladinerfrage fordern sie die Aufnahme der drei ladinischen Gemeinden in der Provinz Belluno und eine separate Erwähnung der Ladiner. Noch am Tag vor der Unterzeichnung, am 4. September 1946, weist Gruber auf zwei Schwierigkeiten hin: die Proporzregelung bei der Ämtervergabe und das „ladinische Problem“.

Das „ladinische Problem“

Nach einem abschließenden Gespräch zwischen Gruber und De Gasperi wird in der italienischen Botschaft am 5. September 1946 das Abkommen als Bestandteil des Friedensvertrages unterzeichnet - ohne Auflistung der ladinischen Gemeinden. Mit dem Abkommen ist das Südtirolproblem noch längst nicht gelöst. Die Ladinerfrage allerdings ist abgehakt. Im November 1946 beginnen die Autonomieverhandlungen zunächst als inneritalienische Angelegenheit. Im Jahr 1948 treten die italienische Verfassung und das Erste Autonomiestatut für die

Region Trentino-Südtirol in Kraft. Darin ist die Ladinerfrage zwar angedeutet, bleibt aber insgesamt unbeantwortet. Dieser Minimalschutz wird in der Provinz Trient reduziert und verspätet angewandt, die Ampezzaner und Buchensteiner verbleiben in der Provinz Belluno ohne jeglichen Minderheitenschutz, womit die faschistische Dreiteilung Ladinens indirekt bestätigt wird.

Im Rahmen der folgenden Ausarbeitungen der Durchführungsbestimmungen erringen die Südtiroler mit dem Dekret vom 30. Juni 1951 die staatliche Anerkennung der Ladiner als eigene Volksgruppe: „i gruppi linguistici della provincia di Bolzano considerati nello statuto sono l'italiano, il ladino e il tedesco“. ■

Georg Mischi



Wolkenstein vor 60 Jahren: Ein verschlafenes Bergdorf am Fuße des Sellastocks.

DER AUTOR

Georg Mischi

Georg Mischi, geboren 1966 in Brixen, wohnhaft in Wolkenstein, Studium der Germanistik, Geschichte und Philosophie in Innsbruck und in Leipzig, unterrichtet am Realgymnasium in Brixen.

Tla Talia dl fascism é i ladins

dles Dolomites gnüs partis sö te trëi Provinzies y cun la fin dla secunda vera dl monn odô i ladins la poscibilité da rovè indô adôm cun na sconanza dla mendranza assicurada dala lege. Tl Tratat de Paris ne vëgnél indere nia tignì cunt di ladins.

Cun n memorandum y n referimënt al dërt de autodeterminaziun se oj i ampezagn tl agost dl 1945 ala Südtiroler Volkspartei, al Guern provincial dl Tirol y al Guern provisor dl Austria cun la speranza, che chësta domanda ti vëgnes surandada ai alià. Mo tl altonn dl 1945 tómel na pröma dezijun da pert di alià, che vëgn spo confermada t'l'aisciöda dl 1946. Südtirol resta pro la Talia y la soluziun é: l'autonomia. Mo incé do che an à lascè stè la strategia dl'autodeterminaziun sighita i ladins da ti jì do al'idea de na reunificaziun ladina.

Tl memorandum ofizial dl Guern austriach di 25 de agost dl 1946 vëgnel spo damanè n'autonomia amministrativa alado dl ejëmpl dl Statut de Aosta, y chësc por la Provinzia de Balsan y n valgügn comuns che toca laprò, chël ô di por le raiun de lingaz todësch y ladin. Tl'ajunta vëgnel presentè te na lista adôm a d'atri comuns todësch, i cumuns ladins tla Provinzia de Trënt, plü avisa Cianacëi, Vich, Moena, sciöche incé i comuns che toca pro la Provinzia de Belun: Cortina, Col Santa Lizia y Fodom. La dificolté é indere propi chëra da determiné i confins dl raiun de autonomia.

Definì i confins dl'autonomia

Ai pröms de setëmber dl 1946 presënta la Talia süa cuntraproposta, che contëgn n'autonomia – zënza ladins – y por l'injunta, "incé tl caje de n'ampliamënt di confins amministratifs", se tratera de na autonomia, che an pò interpretè teritorialmënter te formes desvalies. Ai 2 de setëmber dl 1946 indichëia i südtirolesc ciàmò "punc indispensabli"; en cunt dla chestiun di ladins se damani da to sö i trëi comuns ladins dla Provinzia de Belun y implü na menziun da pert di ladins. Ciàmò le dé dan la sotescriziun, ai 4 de setëmber dl 1946, indichëia Gruber döes dificoltës: le regolamënt dl proporz t'l'assegnaziun dles funziuns y le "problem ladin". Do n dialogh de contlujiun danter Gruber y Degasperi

Mendranza tla mendranza



Pro la manifestaziun sön le Ju dl Sela de messè dl 1946 ghirà i Ladins la unificaziun dles valades ladines sot ala provinzia da Balsan.

vëgnel sotescrit t'l'ambasciada taliana ai 5 de setëmber dl 1946 le Tratat sciöche pert dl Contrat de pësc – zënza presentè na lista di comuns ladins.

Ladins nia conscidrà

Tl ann 1948 va en forza la Costituziun taliana y le pröm Statut de autonomia por la Regiun Trentin-Südtirol. Al vëgn fat na indicaziun en cunt dla chestiun di ladins, mo tla sostanza réstera zënza na resposta. Chësta sconanza minimala vëgn smendrida tla Provinzia de Trënt, implü cun na aplicaziun tardia; i ampezagn y fodoms resta tla Provinzia de Belun zënza degöna forma de sconanza dla mendranza. A chësta moda vëgn la tripartiziun dla Ladinia da pert dl fascism confermada indiretamënter. Tl cheder

dl'elaboraziun dles normes de atuaziun che vëgn do arjunj i südtirolesc cun le decret di 30 de jügn dl 1951 le reconocimënt statal di ladins sciöche grup lingusitich a pert: "i grups linguistics dla Provinzia de Balsan conscidrà tl Statut é le talian, le ladin y le todësch." ■

Georg Mischi

AUTUR

Georg Mischi

Georg Mischi, nasciü tl 1966 a Porsenù, residënt te Sëlva, stüde de germanistica, storia y filosofia a Desproch y Leipzig, insëgna tl lizeo scientific a Porsenù.



„Gemeinsam werden wir es schaffen“

Ich war noch ein junger Bub, als der Zweite Weltkrieg 1945 beendet wurde“, erzählt der Dekan der Bozner Dompfarre Maria Himmelfahrt, Johannes Noisternigg. „Ich war ein Meraner Laubenkind, mein Vater war im Krieg und dann in Gefangenschaft. Während der Kriegsjahre besuchte ich zuerst die italienische, dann die deutsche Schule. Das Kriegsende erlebte ich als einschneidendes Ereignis. Vieles war plötzlich anders: Ich erinnere mich an die Rückkehr der Soldaten, an lebhaftes Diskussionen über die mögliche politische Zukunft und Entwicklung unseres Landes, an Zerstörungen, an materielle Not, aber auch an ein größeres Miteinander, Gespräche, Zusammenkommen trotz mancher Spannungen, die ich als Kind nicht so mitbekommen habe.“

Das Jahr 1946 war ausschlaggebend für Südtirols politischen Werdegang. Als „fleißiger Ministrant“ folgte Johannes Noisternigg mit Begeisterung der Einladung seines Taufpaten, am 150. Jubiläum der Herz-Jesu-

Feier samt Prozession und Gelöbniserneuerung teilzunehmen. „Die Teilnahme an der Feier am 30. Juni in Bozen wurde über die Pfarreien vorbereitet, die Bischöfe der beiden Diözesen, der Erzdiözese Trient, Karl von Ferrari, zu der Bozen gehörte, und der Bischof von Brixen, Johannes Geisler, hatten zur Teilnahme aufgerufen“, so Noisternigg. „Schon die Anreise mit der Dampf-Eisenbahn war für mich ein Erlebnis: an jeder Haltestelle stiegen immer wieder viele Menschen – in Tracht, mit Musikinstrumenten – in den schon vollen Zug.“

„Nach einer langen, aufregenden Fahrt in Bozen angekommen zogen wir mit dem Menschenstrom Richtung Waltherplatz, an großer Zerstörung vorbei. Dort ragte der Turm der damaligen Pfarrkirche in den strahlend blauen Himmel, daneben der Trümmerhaufen des zerbombten Kirchendachs, des Kirchenschiffs, der Propstei“, erinnert sich Noisternigg weiter. „Der Platz, auf dem es damals weder das Sparkasengebäude noch das Walther-Denkmal gab, wurde voll und voller. Es ging nicht laut her, aber andächtig und stimmungsvoll. Tausende von Menschen, darunter vor allem einfache Leute, gezeichnet von Entbehrungen, Dableiber und Optanten, Rückkehrer aus dem Krieg, aus al-

len Landesteilen sogar aus Cortina und dem Fassatal füllten den Platz. Obwohl Präfekt und Bürgermeister anwesend waren, fiel kein einziges italienisches Wort.“

Die religiöse Bedeutung des Festes war für Noisternigg vordergründig. „Natürlich“, so der Bozner Dekan, „spürte man das Zusammenstehen und den Zusammenhalt: Wir sind ein Volk, gemeinsam werden wir es schaffen.“ Aus heutiger Sicht gibt er der damaligen Feier Bedeutung für das Miteinander in diesem Land, die Beteiligung am religiösen Leben allerdings sei in den ver-

gangenen 60 Jahren „zu einer persönlichen Entscheidung herangereift“. ■

Johanna Wörndle, LPA



Biografie

Johannes Noisternigg

Johannes Noisternigg, geboren am 16. April 1935 in Meran, absolvierte nach der Matura 1956 am Lyzeum im Johanneum das Priesterseminar in Trient und wurde 1961 zum Priester geweiht. Als Kooperator war er zunächst in Kastelruth, dann in Bozen tätig, ab 1974 stand er der Pfarre Terlan, seit 1989 steht er der Dompfarre Bozen als Dekan vor.



Die Interviews mit den Zeitzeugen hat die Redaktion des Landespresseamtes in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für audiovisuelle Medien sowie Erna Flöss vom Ladinischen Pädagogischen Institut geführt. Die Filmmitschnitte der Gespräche sind im Internet unter www.provinz.bz.it/pariservertrag abrufbar.

früheres Logo

Für die Selbstbestimmung

Vom Krieg in die Politik: Ohne Umweg begann Alfons Benediktors politischer Einsatz für Südtirol unmittelbar nach seiner Heimkehr aus der Kriegsgefangenschaft. „Im September 1945 war ich wieder zu Hause. Anfang Oktober besuchte ich in meinem Heimatort Schlanders eine Gründungsversammlung der Südtiroler Volkspartei. Bei dieser Gelegenheit forderten mich Friedl Volgger und Otto von Gugenberg auf, als erster Bezirkssekretär die Partei im Vinschgau aufzubauen. Dieses

Biografie

Alfons Benedikter

Alfons Benedikter, geboren am 14. März 1918, war von 1948 bis 1998 Landtags- und Regionalratsabgeordneter, davon 45 Jahre lang mit Regierungsverantwortung. 1946 war er an der Organisation der Unterschriftensammlung für das Selbstbestimmungsrecht beteiligt. Brach 1989 mit der SVP, saß danach als vehementer Verfechter des Selbstbestimmungsrechts für die Union für Südtirol im Landtag.

Angebot nahm ich prompt an“, erzählt der heute 88-jährige Benedikter. Von diesem Zeitpunkt an gehörte der Jurist mit den ausgezeichneten Russischkenntnissen über ein halbes Jahrhundert zu den

führenden Südtirolpolitikern. „Im Frühjahr 1946 organisierte ich die Unterschriftensammlung für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes mit. Als am Ostermontag 1946 Leopold Figl die 160.000 Unterschriften der Südtiroler überreicht bekam, war es, als ob er damit das Schicksal unseres Landes in die Hand nahm. Wir glaubten damals fest an die Rückkehr zum Vaterland Österreich. Deshalb war der Pariser Vertrag eine herbe Enttäuschung für uns.“ Es sollte nicht der einzige Rückschlag bleiben. Benedikter: „Das Autonomiestatut von 1948 führte den Pariser Vertrag ad absurdum. Das wurde uns in den kommenden Jahren bewusst. Der Staat hat beispielsweise die primäre Zuständigkeit der Provinz Bozen für Volkswohnbau durch die Durchführungsbestimmungen zum



Autonomiestatut von 1948 im ‚nationalen Interesse‘ aufgehoben. Damit war der Beweis erbracht, dass der Pariser Vertrag durch das Regionalstatut von 1948, dort, wo es um wesentliche Belange der Volksgruppe geht, nicht erfüllt werden konnte.“ Benediktors große Zeit kam nach der Annahme des Pakets. Er war es, der in Rom maßgeblich die Durchführungsbestimmungen zum neuen Autonomiestatut aushandelte. An über 60 Ministerratssitzungen nahm der langjährige Landeshauptmannstellvertreter teil. „Die Zweisprachigkeitsklausel, das Proporzdekret und die Finanzautonomie sind die Meilensteine in meinem politischen Leben“, erzählt er rückblickend. ■

Thomas Ohnewein, LPA

Kontakte mit Rom

Wenn es um die Südtirol-Frage ging, dann kannte die römische Regierung in den Jahren der Autonomieverhandlungen vor allem einen Ansprechpartner: Alcide Berloffo. Über ein halbes Jahrhundert lang war er Roms Experte in Sachen Südtirol. Viele seiner

Biografie

Alcide Berloffo

Alcide Berloffo, geboren 1922, saß von 1948 bis 1953 für die DC im Gemeinderat von Bozen, danach vier Legislaturperioden lang in der Abgeordnetenversammlung. Er hat damit als Parlamentarier und Berater der Regierung den Weg begleitet, der vom Pariser Vertrag zu Paket und Streitbeilegungserklärung geführt hat. Von 1977 bis 1994 war Berloffo Mitglied des Staatsrats und ebenfalls bis 1994 Südtirol-Beauftragter des Ministerrats. 2001 ist er mit dem Joseph-Gargitter-Preis ausgezeichnet worden, weil er – so die Begründung – stets an ein friedliches und fruchtbringendes Zusammenleben in Südtirol geglaubt habe.

Zeitgenossen, so ist der ehemalige DC-Politiker überzeugt, würden heute im Rückblick Kriegsende, Friedensverträge und Abkommen wie den Pariser Vertrag als Basis für das friedliche Zusammenleben bezeichnen. Fälschlicherweise, so Berloffo: „Nach den tragischen Erfahrungen mit Nationalsozialismus und Faschismus klammerten sich die verantwortungsvollen Politiker an den Grundsatz der Zusammenarbeit zwischen Italienern und Deutschen. Angeführt wurde diese Politikerverriege von Alcide Degasperi“, erklärt Berloffo.

Noch lebhaft hat der heute 84-Jährige die schwierigen Nachkriegsjahre in Bozen in Erinnerung. „Die Bestätigung der Brennergrenze, der Pariser Vertrag, das erste Autonomiestatut – all dies hat in den ersten drei Jahren nach dem Krieg in Bozen die unterschiedlichsten Reaktionen ausgelöst. Was allen gemeinsam war, war die große Unsicherheit darüber, wie es weitergehen sollte“, so Berloffo. Auch aus diesem Grund sei es darum gegangen, Vertrauen aufzubauen: „Degasperi ist dies



im Rahmen einer Wahlkundgebung im April 1948 auf dem Bozner Waltherplatz gelungen, als er die Werte der Demokratie und eines gleichberechtigten Zusammenlebens hervorhob“, erinnert sich Berloffo.

Damals, so glaubt Berloffo, habe die Arbeit der Demokraten angefangen, Früchte zu tragen. „Die konstruktive Arbeit hat damals die Oberhand gewonnen, das Autonomiestatut, die Suche nach Lösungen in Zusammenhang mit dem Terrorismus und die Anpassungen des Statuts sind die Folgen“, so Berloffo. „und die Streitbeilegungserklärung von 1992 bildet das Ende eines Weges, der in der unmittelbaren Nachkriegszeit in Paris eingeschlagen worden ist.“ ■

Paolo Ferrari, LPA

Für die Regionalautonomie

Am 5. September 1946 stand die Trentinerin Maria Garbari kurz vor ihrem ersten Schultag am Gymnasium. Obwohl sie damals noch sehr jung war, empfand die Historikerin und Universitätsdozentin die Jahre unmittelbar nach dem Krieg als einen historisch bedeutenden Zeitabschnitt. Garbari führt dies vor allem darauf zurück, dass sich ihre Eltern, Ezio Garbari und Angela Celolan, sehr für das politische Geschehen interessierten und zu Hause oft die Politik das Gesprächsthema Nummer eins war. Garbari: „Meine Eltern und ihre Gäste diskutierten daheim oft über die Autonomie. Dabei hatten sie wie alle Trentiner ganz selbstverständlich eine Regional-Autonomie vor Augen. Geredet wurde zuhause auch über die Autonomiebewegung ASAR. Man befürchtete, die ASAR könnte auf die separatistische Karte setzen. Wir waren nämlich für die Autonomie, aber in erster Linie waren wir Italiener.“ Laut

Garbari sei die politische Entwicklung in ihrem Umfeld ein wichtiges Thema im Alltag gewesen, dem Gruber-Degasperi-Abkommen sei allerdings keine besondere Bedeutung beigemessen worden: „Dieses Abkommen wurde von den Trentinern als unwichtig empfunden. Auch der ‚Corriere Tridenti-

no‘ widmete dem Vertrag nur einen kleinen Bericht. Allgemein begriff man damals die Tragweite des Gruber-Degasperi-Abkommens nicht. Die Tragweite des Vertrages - die internationale Verankerung und der Schutz einer ganzen Minderheit und nicht nur des einzelnen Individuums - wurde damals nicht erkannt. Der Pariser Vertrag wurde einfach als Teil eines großen Ganzen auf dem Weg hin zur Autonomie verstanden.“ Maria Garbari weist noch auf einen weiteren wichtigen Punkt hin: „Obwohl meine Eltern überzeugte Irredentisten waren, traten sie nach den Erfahrungen mit dem Faschismus begeistert für eine Autonomie ein. Was die deutschsprachige Minderheit anbelangt, bestand zwar die Angst vor einem ‚Irredentismo di rovescio‘, trotzdem wurden die



Landesarchiv für Südtirol / Lager

kulturellen Besonderheiten und Rechte der Volksgruppe anerkannt. Es gab keinen Groll und keine Diskriminierung den Südtirolern gegenüber. In den Autonomie-Vorschlägen aller politischen Bewegungen kam dies zum Ausdruck: alle sahen den Schutz der deutschen Minderheit vor.“ ■

Martina Chiarani, LPA



Privat

Biografie

Maria Garbari

Maria Garbari ist seit 1996 Präsidentin der „Società di Studi trentini di Scienze storiche“. Zuvor war sie Dozentin für Zeitgeschichte an der Freien Universität für Sprachen und Kommunikation Mailand/Feltre. Von 1995 bis 1998 saß sie im wissenschaftlichen Beirat des „Istituto storico italo-germanico“. Bei der Herausgabe der gesammelten Werke Alcide Degasperis war sie wissenschaftliche Beraterin. Die Trentinerin hat über 250 Arbeiten veröffentlicht. Ihre Forschungsschwerpunkte sind der Irredentismus, der faschistische Widerstand, die Operationszone Alpenvorland und nicht zuletzt die Autonomiegeschichte sowie der Pariser Vertrag.

Rückkehr in die Heimat

Als Rudi Gamper mit seiner Familie die Reise vom oberösterreichischen St. Roman nach Südtirol antrat, war dies für ihn keine Rückkehr in die Heimat. Gampers Familie war im Zuge der Option abgewandert und Rudi kam in Oberösterreich zur Welt. Die Reise nach Südtirol war für Gamper eine Fahrt in eine neue Welt, eine neue Heimat. „Wir sind im Oktober 1950 aufgebrochen. Es herrschte eine sehr gedrückte Stimmung. Später hat mir meine Mutter erzählt, dass mein Vater sogar geweint hat. Er wollte in Oberösterreich bleiben. Er sagte: ‚Hier in Österreich bin ich der Herr Gamper, hier respektieren sie mich. Drinnen bin ich wieder niemand‘.“ Seine erste Erinnerung an Südtirol ist die Zugfahrt über den Brenner und der Empfang am Bozner Bahnhof. Von Bozen ging es dann nach Leifers, dort wurde Familie Gamper in den Kasernen untergebracht. „Da wurden wir regelrecht eingelagert. Es gab acht große Kasernengebäude, für die Rücksiedler waren die Kasernen Nummer fünf und sechs vorgesehen. In den anderen Kasernen lebten zum Teil Italiener, die nach der großen Überschwemmung aus Rovigo gekommen sind. Das Auskommen zwischen Deutschen und Italienern in den Kasernen war alles andere als ein gutes. Wir Kinder bewarfen uns oft gegenseitig mit Steinen“, so Rudi Gamper. Der heute 64-Jährige hat die Zeit in den Leiferer Kasernen in sehr



Landesarchiv für Südtirol / Lager

guter Erinnerung: „Wir wurden von der Bevölkerung freundlich aufgenommen und trotz der primitiven Unterkunft waren die sieben Jahre eine schöne Zeit.“ ■

Thomas Ohnewein, USP

Biografie

Rudi Gamper

Rudi Gamper, geboren 1942 in St. Roman bei Schärding, lebte bis 1950 in Oberösterreich. Die Aussiedlerfamilie kehrte 1950 nach Südtirol zurück und hat bis 1957 in Kasernen in Leifers gewohnt, die den Rückkoptanten als Übergangsbleibe zur Verfügung gestellt wurden. 1962 begann Gamper als freier Mitarbeiter beim Sender Bozen der RAI. Nach Jahrzehnten als Sprecher und Programmgestalter stieg er im Jänner 1998 zum Koordinator des Senders Bozen auf. Am 30. Juni 2006 ist Gamper in den Ruhestand getreten.

Aufbau der deutschen

Die Schule bestimmte ihr Leben: Hilde Nicolussi hat sich über 50 Jahre lang für die deutsche Schule in Südtirol eingesetzt. 1945 war sie am Wiederaufbau des Schulwesens beteiligt. Die gesamte Lehrerschaft ging nach 1945 mit viel Enthusiasmus an die Arbeit: „Nach dem Kriegsende hatten

wir eine richtige Freude, endlich ohne politische Vereinnahmung oder Unterdrückung das deutsche Schulwesen wieder aufbauen zu dürfen. Das galt natürlich besonders für diejenigen Lehrer, die in der Zeit des Faschismus in andere Provinzen zwangsversetzt wurden oder die, wie ich, als Katakombenlehrer heimlich unterrichtet hatten.“ Im September 1945 wurde Nicolussi, die in den Kriegsjahren an der Umsiedlungsstelle Verwaltungserfahrung gesammelt hatte, zur Mithilfe an das Schulamt berufen. „Anfangs bereitete ich die Dekrete vor, die es den Lehrern überhaupt erlaubten, zu unterrichten. Dies war notwendig, weil es in Südtirol ja seit annähernd 30 Jahren keine Lehrerausbildung mehr gab und die Lehrer entsprechend ihrer – wo auch immer erworbenen – Qualifikation für die Unterrichtstätigkeit zugelassen werden mussten“, erzählt Nicolussi. Der Unterricht begann im Oktober ohne größere



Schwierigkeiten. „Dadurch, dass viele Altlehrer da waren, die in der Faschistenzeit nicht unterrichten durften, ist der Neuanfang relativ problemlos über die Bühne gegangen“, beschreibt die rüstige Pensionistin den Start. Ihre erste Stelle als Lehrerin nach Kriegsende trat Hilde Nicolussi Ende Oktober 1945 in Oberinn am Ritten an. „Die Schule war zweiklassig. In meiner Klasse saßen 65 Schüler. Das klingt unglaublich, aber es war gar nicht so schlimm“, meint die 91-Jährige heute rückblickend. „Das Unterrichtsmaterial haben wir uns selber zusammenbasteln müssen. Ich habe beispielsweise alle Fibeln für meine Erstklässler selbst hergestellt. Das war kein Problem. Man hat sich einfach zu helfen gewusst. Die ersten Schulbücher gab es erst in den 50er Jahren“, so Nicolussi. ■

Thomas Ohnewein, LPA

Biografie

Hilde Nicolussi

Hilde Nicolussi, geboren am 21. November 1914, hat die Südtiroler Schulgeschichte seit dem Ende des Ersten Weltkriegs miterlebt und in entscheidenden Phasen mitgeprägt. In der Zeit faschistischer Unterdrückung unterrichtete sie als Katakombenlehrerin, ab 1940 organisierte sie an der Amtlichen Deutschen Ein- und Rückwanderungsstelle in Bozen die Einschulung Südtiroler Kinder an den Reichsschulen für Volksdeutsche in Rufach (Elsass) und Achern (Schwarzwald). Ab 1945 half sie zunächst im Schulamt am Wiederaufbau der deutschen Schule mit, um dann bis 1980 an verschiedenen Volksschulen zu unterrichten. Nicolussi lebt seit ihrer Geburt in Bozen.

Abgeordneter im ersten Regionalrat

Ohne den Pariser Vertrag hätte es die Entwicklung nicht gegeben, die Südtirol in den folgenden Jahren genommen hat. Der Vertrag hat darin eine zentrale Rolle gespielt und war ein politisches Meisterwerk Degasperis. „Sandro Panizza weiß, wovon er spricht: er war Gewerkschafter, Mitbegründer des CISL/SGB und in den Nachkriegsjahren 16 Jahre lang DC-Regionalratsabgeordneter. „Wenn wir heute auf den Pariser

Vertrag zurückschauen, dann schauen wir in eine Zeit zurück, die eine zentrale Rolle im Leben aller spielt, die damals in Südtirol gelebt haben“, glaubt Panizza. „Damals haben wir alle Hoffnungen aufgenommen, die im Krieg geboren worden waren, und versucht, diese Hoffnungen in Taten umzusetzen.“ Es sei dies auch der Grund gewesen, warum die Italiener in Südtirol die großen italienischen Parteien, allen voran die DC, gewählt hätten. „Und wir haben natürlich versucht, diese Hoffnungen nicht zu enttäuschen, den Italienern in Südtirol Vertrauen in die Zukunft und eine Verwurzelung in Südtirol zu geben – eine Verwurzelung als Bürger erster Klasse, als vollwertige Bürger“, so Panizza. „Dies war das vorrangige ethnische Problem der damaligen Zeit.“ Das wichtigste sei in dieser Zeit gewesen, das Recht, in Südtirol zu leben, auch für die italienische Volksgruppe anzuerkennen, erklärt der ehemalige DC-Politiker weiter. In diesem Zusammenhang sei auch die Auseinandersetzung mit der SVP auf zwei Ebenen erfolgt: „Auf der einen Seite war da die politische Ebene, auf der sich die SVP den italienischen Parteien gegenüber sah, auf der anderen Seite gab es aber auch eine menschliche Ebene, auf der es galt, die ethnischen Spannungen

abzubauen und die Zukunft Südtirols auf der Zusammenarbeit zwischen den Volksgruppen aufzubauen“, so Panizza. ■



Franco Grigoletto, LPA

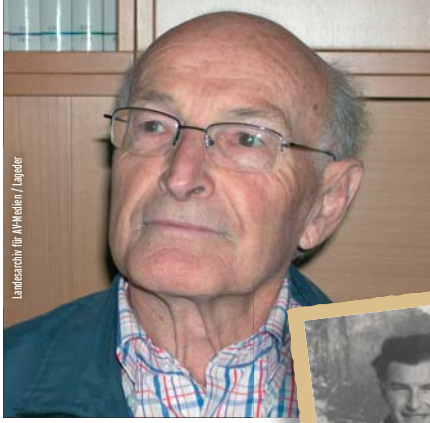
Biografie

Sandro Panizza

Sandro Panizza, geboren am 17. Februar 1922 in Cortina di Vermiglio, kommt 1932 mit seiner Familie nach Bozen. Unmittelbar nach Kriegsende wurde Panizza Sekretär der Arbeiterkammer, er hat den Gewerkschaftsbund CISL/SGB mitbegründet und war erster Präsident des Patronats ACLI in Bozen. 1948 wird Panizza auf der Liste der DC in den Regionalrat gewählt, dem er bis 1964 angehört.



LPA / Grigoletto



Landesarchiv für Al-Wieder / Lagerer



Privat

Nach dem Faschismus und Nationalsozialismus war 1946 das erste Jahr, in dem in Südtirol wieder das Wort ‚Demokratie‘ fiel. Langsam stabilisierte sich die Situation. Kriegsgefangene kehrten zurück, viele gingen wieder einer Arbeit nach und die wirtschaftliche Situation besserte sich. Das Ladinische aber war während der Kriegsjahre verschwunden. Zuerst musste man Italienisch sprechen und dann Deutsch. Nach dem Krieg sollte man Deutsch und Italienisch sprechen und in den ladinischen Schulen gab es deutschen und italienischen Unterricht. Bei den Ladinern wuchs aber zunehmend das Bedürfnis sich für die Erhaltung des Ladinischen einzusetzen und die Sprache und Kultur an die eigenen Kinder weiter zu geben. Nach zahlreichen Verhandlungen wurde eine Lösung für die Sprache in den Schulen in Gröden und im Gadertal gefunden, mit der die Ladiner zufrieden waren, und zwar das paritätische System. Die Kleinen werden in den ladinischen Schulen in Deutsch und Italienisch unterrichtet und zusätzlich gibt es Ladinischunterricht. Diese Sprachregelung war eine wichtige Errungenschaft für die Ladiner in der Zeit nach dem Krieg“, erklärt Moroder. ■

Angelika Schrott, LPA

Biografie | Biografia

Johann Moroder

Johann Moroder, Lehrer im Ruhestand, ist 79 Jahre alt und wohnt in St. Ulrich. Nach seiner Heimkehr aus der Kriegsgefangenschaft in Kroatien waren für ihn die Pflege der ladinischen Sprache und der Aufbau eines eigenen Schulsystems für die Ladiner besonders wichtig.

Johann Moroder à 79 ani y sta a Urtijëi. Do vester stat prijunier tla Croazia se à dassën dat ju cun la rujeneda ladina y cun n model de scola per i ladins. Dl 1946 se à Moroder tënt dant de fé l ejam de maturità. Dopro à l aurà coche maester.

Das Ladinische kehrt zurück

Do i ani de fascism y de nazism fova l 1946 l prim ann che te Südtirol univel inò rujenà de democrazia. I prijuniers fova unic a cësa y ova inò la puscibltà de jì a lauré y nsci ova la situazion economica scumencià a se refé. Man man se ova la situazion stabilisà. Ma l ladin fova tan che spari ntan i ani de viera. Tl prim messoven rujené talian y pona tudësch. Do la viera messoven rujené tudësch y talian y tla scolles ladinés univel nsenià sibes talian che tu-

dësch. I ladins sentiva for deplù l bujën de se dé ju cun si rujeneda y de la dé inant a si mutons. Do truepa descuscions an abinà na soluzion per l nseniamënt dla rujenedes te Gherdëina y tla Val Badia: n model de scola nuef cunesciù coche sistem paritetich. La populazion ladina fova drët cuntënta cun chësc model de scola che lasciova pro l nseniamënt dl talian, dl tudësch y dl ladin. “Chësc regulamënt ie stat n gran var per i Ladins”, dij Moroder. ■

Barbara Perathoner, LPA

„Alto Adige“ vs. „Dolomiten“

Rolando Boesso kam im Mai 1945 nach Bozen. Weil es damals keine italienische Zeitung gab, gründete er kurzerhand mit einigen Freunden den „Alto Adige“, der bis heute die wichtigste italienische Tageszeitung Südtirols ist. Boesso: „Die italienischen und die deutschen Medien standen sich diametral gegenüber. Für uns vom ‚Alto Adige‘ war es Blattlinie, die italienische Volksgruppe zu verteidigen. Von der Gegenseite wurden wir als Faschisten bezeichnet. Das waren wir nicht. Fakt ist, dass wir im Pariser Vertrag eine Gefahr sahen. Wir sahen darin den Anfang der Zurückdrängung der Italiener in Südtirol. Sicher, das Abkommen hat für Frieden in einem unruhigen Klima gesorgt.“ Wie war die Ausrichtung des „Alto Adige“ in den Gründerjahren? Boesso definiert sie als „christdemokratisch, regierungsfreundlich und natürlich darauf bedacht, die italienischen Institutionen zu verteidigen. Der ‚Alto Adige‘ hatte damals einen direkten Draht zum Ministerpräsidenten. Degasperi schrieb auch Artikel für uns.“ Und die konträren Positionen der Zeitungen auf beiden Seiten der ethnischen Mauer? Boesso beschreibt das Verhältnis von deutscher und italienischer Presse zueinander als „ein Duell spitzer Federn, in dem es einen täglichen Schlagabtausch gab. Ein Kommentar folgte auf den andern: Wir beklagten die Übergriffe der ‚Dolomiten‘, die ‚Dolomiten‘ sah sich unseren Übergriffen ausgesetzt. Diese Auseinandersetzung setzte sich in all den Jahren fort. Eines möchte ich



Landesarchiv für Al-Wieder / Lagerer



Archiv LPA

aber betonen: Auf menschlicher Ebene hatten die italienischen und deutschen Journalisten immer ein gutes Verhältnis zueinander.“ ■

Paolo Ferrari, LPA

Biografie

Rolando Boesso

Rolando Boesso, geboren 1920 in Riva del Garda, gehört zu den Gründern der Tageszeitung „Alto Adige“. Als Direktor und Geschäftsführer arbeitete er bis 1986 für Südtirols auflagenstärkste und meinungsbildende italienischsprachige Tageszeitung. Nach einem Intermezzo in der Politik – Boesso saß zwischen 1983 und 1989 im Landtag und war dessen Präsident – hat er die Führung des Privatfernsehsenders „Videobolzano 33“ übernommen. Boesso leitet VB33 auch heute noch.

Chronik 1945/46: Vom Kriegsende



sorgt für ein Maximum an Publizität und spricht sich für eine Rückgliederung Südtirols an Österreich aus. Karl Gruber übermittelt den Staatschefs und Außenministern der USA, Großbritanniens, der Sowjetunion und Frankreichs die Bitte, den Südtirolern die Möglichkeit einer Wiedervereinigung mit Österreich zu geben.

11. September bis 2. Oktober: Außenministerkonferenz der Großmächte in London. Eine Rückkehr Südtirols zu Österreich wird von keiner Seite vorgeschlagen. Die Außenminister entscheiden sich für die Beibehaltung der Brennergrenze. US-Außenminister James Francis Byrnes legt die Zusatzformel vor, in der die Grenze Österreichs mit Italien „unverändert bleibt, mit der Ausnahme, jeden Fall zu hören, den Österreich für kleinere Grenzberichtigungen („Minor rectifications“) zu seinen Gunsten vorbringt“. Von dieser Position gehen die Großmächte in der Folge nicht mehr ab.

1945

27. April: In Österreich konstituiert sich die provisorische Staatsregierung unter Staatskanzler Karl Renner. Sie proklamiert die Wiederherstellung der Republik Österreich. Benito Mussolini wird von Partisanen am Comer See festgenommen und am Tag darauf erschossen.

8. Mai: Bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht und Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa. In Italien kapitulieren die deutschen Streitkräfte schon am 2. Mai. Am 8. Mai wird in Bozen die Südtiroler Volkspartei (SVP) gegründet.

12. Mai: Bruno De Angelis wird von den Alliierten als Präfekt von Bozen eingesetzt. Als Stellvertreter werden Visco Gilardi und Walther Amonn bestellt.

23. Mai: Karl Gruber wird von der US-Besatzungsmacht als Landeshauptmann von Tirol bestätigt und offiziell anerkannt.

11. Juli: In einer italienischen Regierungserklärung wird den Südtirolern die Gleichstellung der deutschen Sprache sowie eine deutschsprachige Schule zugesichert.

4. September: Großkundgebung für Südtirol in Innsbruck mit über 30.000 Teilnehmern. Die französische Besatzungsmacht

27. Oktober: Per Gesetzesdekret genehmigt Italien deutsche Schulen in Südtirol.

10. Dezember: Alcide Degasperi löst Ferruccio Parri als Ministerpräsident ab und behält die Leitung des Außenministeriums bis zum 17. Oktober 1946 bei. Degasperi gilt als Vertrauensmann der USA.



Institut für Zeitgeschichte, Universität Innsbruck

zum Pariser Vertrag

1946

4. März: Der britische Außenminister Ernest Bevin beendet die interne Diskussion über die Südtirolfrage in seinem Ministerium und entscheidet für Italien, obwohl Österreich die „besseren Argumente“ habe. Bis zu diesem Zeitpunkt ist der Standpunkt Großbritanniens in Bezug auf Südtirol nicht klar.

22. April: Großkundgebung für die Wiedervereinigung Südtirols mit Österreich in Innsbruck. Dabei werden dem österreichischen Bundeskanzler Leopold Figl 155.000 Unterschriften übergeben, die in Südtirol und in Österreich unter den Südtirol-Optanten gesammelt worden waren.

26. April: Im US-Außenministerium wird die endgültige Entscheidung getroffen, dass die Grenze zwischen Österreich und Italien unverändert bleiben soll.

1. Mai: Die Grundsatzentscheidung der Außenministerkonferenz vom September/Oktober 1945 wird bestätigt. Südtirol bleibt bei Italien, eine Volksabstimmung wird abgelehnt, einzig „kleinere Grenzberichtigungen“ werden ins Auge gefasst. Die Bekanntgabe des Beschlusses des Außenministerrates ruft in Tirol einen Proteststreik und Demonstrationen hervor.

30. Mai: Außenminister Gruber und der Delegierte Italiens, Botschafter Graf Niccolò Carandini, legen den Alliierten die Auffassungen ihrer Regierungen über die Grenzziehung zwischen Österreich und Italien dar. Gruber trägt – ohne Absprache mit den Südtirolern – die Forderung nach einer kleineren Grenzberichtigung, der so genannten Pustertallösung, vor. Gleichzeitig wird eine Rechtsverwahrung hinsichtlich der Selbstbestimmung für Südtirol eingebracht.

24. Juni: Der Außenministerrat lehnt die Pustertallösung als kleinere Grenzberichtigung ab.

30. Juni: Landesweit finden in Nord- und Südtirol Herz-Jesu-Prozessionen statt. Dabei wird für das Selbstbestimmungsrecht demonstriert.

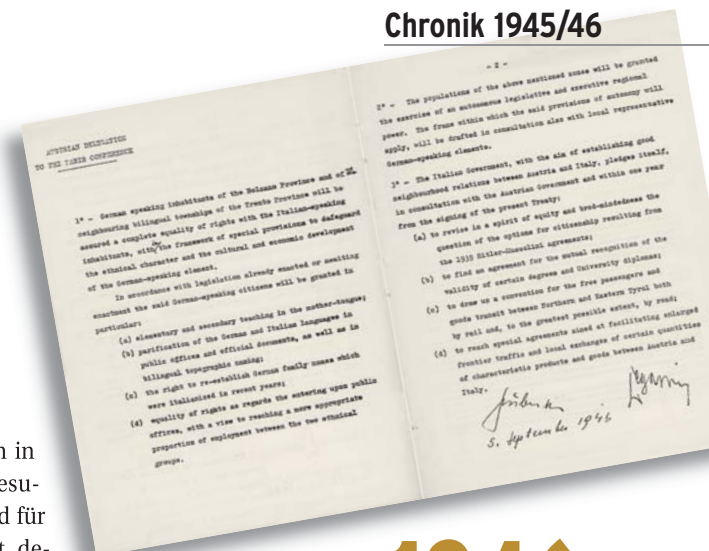
29. Juli bis 15. Oktober: In Paris beginnt die permanente Tagung der Friedenskonferenz. Die Konferenz arbeitet die Friedensverträge mit Italien, Finnland, Bulgarien, Rumänien und Ungarn aus. Die von der Moskauer Außenministerkonferenz vorgeschlagenen Vertragsentwürfe beinhalten in Bezug auf Südtirol den freien Frachten- und Personenverkehr zwischen Nord- und Südtirol.

7. August: Die SVP gibt die Losung für die Südtiroler Delegation in Paris, Friedl Volgger und Otto von Guggenberg, aus. Sollte die Forderung nach Volksabstimmung nicht durchsetzbar sein, werden als Alternativen die Internationalisierung (Südtirol unter internationaler Kontrolle), die so genannte Liechtensteinlösung und erst dann die Autonomie festgelegt.

5. September: Außenminister Gruber ist bereit, die Nennung des territorialen Geltungsbereichs der Autonomie offen-

5. September 1946

zulassen. Er bittet Botschafter Carandini, das Gleiche zu tun, und nicht direkt auf die Vereinigung der beiden Provinzen Bozen und Trient hinzuweisen: Damit ist der Weg für die Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen Alcide DeGasperi und Karl Gruber in der italienischen Gesandtschaft geebnet, die als „Pariser Abkommen“ im Artikel 10 Bestandteil des italienischen Friedensvertrags wird. Ergänzt wurde das Abkommen durch einen Briefwechsel zwischen DeGasperi und Gruber vom selben Tag. In der Antwort des Ministerpräsidenten heißt es, dass die italienische Regierung bereit sein werde, alle Vorschläge der österreichischen Regierung genau zu prüfen („give careful attention“), die auf die beste Lösung der in Artikel 10 sowie der im Text der Vereinbarung enthaltenen Punkte abzielen. ■



22. April
1946

„Im Geiste der Billigkeit und

Der Pariser Vertrag war das Ergebnis eines Kompromisses auf der Friedenskonferenz in Paris. Alle drei direkt in das Problem involvierten Partner, nämlich Italien, Österreich und die Südtiroler Minderheit mussten auf ihre Maximalforderungen verzichten. Italien erhielt eine eingeschränkte, d.h. an die im Vertrag gemachten Versprechungen gebundene territoriale Souveränität, Österreich musste auf seine Forderung nach Rückgliederung des Gebietes verzichten und den Südtirolern wurde die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes verwehrt.

AUSTRIAN DELEGATION TO THE PARIS CONFERENCE

1° - German speaking inhabitants of the Bolzano Province and of the neighbouring bilingual townships of the Trento Province will be assured a complete equality of rights with the Italian-speaking inhabitants, with ⁱⁿ the framework of special provisions to safeguard the ethnical character and the cultural and economic development of the German-speaking element.

In accordance with legislation already enacted or awaiting enactment the said German-speaking citizens will be granted in particular:

- (a) elementary and secondary teaching in the mother-tongue;
- (b) parification of the German and Italian languages in public offices and official documents, as well as in bilingual topographic naming;
- (c) the right to re-establish German family names which were italianized in recent years;
- (d) equality of rights as regards the entering upon public offices, with a view to reaching a more appropriate proportion of employment between the two ethnical groups.

DER ITALIENER

Alcide Degasperi

Alcide Degasperi (geboren am 3. April 1881 in Pieve Tesino/Trentino; gestorben am 19. August 1954 in Sella di Valsugana/Trentino) studierte in Wien Philosophie und Literatur. 1911 wurde er Abgeordneter im österreichischen Reichsrat. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges war Degasperi einer der Mitbegründer des Partito Popolare Italiano. Im Faschismus saß er für 16 Monate im Gefängnis. Noch während des Zweiten Weltkrieges gründete er die Democrazia Cristiana. Ab 1944 war Degasperi Außenminister der postfaschistischen Allpartei-Regierungen, 1945 wurde er Ministerpräsident. Bis 1953 blieb der Trentiner Ministerpräsident in wechselnden Koalitionsregierungen. Degasperi gilt als einer der Vordenker der europäischen Integration.



Weitherzigkeit...“

- 2 -

2° - The populations of the above mentioned zones will be granted the exercise of an autonomous legislative and executive regional power. The frame within which the said provisions of autonomy will apply, will be drafted in consultation also with local representative German-speaking elements.

3° - The Italian Government, with the aim of establishing good neighbourhood relations between Austria and Italy, pledges itself, in consultation with the Austrian Government and within one year from the signing of the present Treaty:

- (a) to revise in a spirit of equity and broad-mindedness the question of the options for citizenship resulting from the 1939 Hitler-Mussolini agreements;
- (b) to find an agreement for the mutual recognition of the validity of certain degrees and University diplomas;
- (c) to draw up a convention for the free passengers and goods transit between Northern and Eastern Tyrol both by rail and, to the greatest possible extent, by road;
- (d) to reach special agreements aimed at facilitating enlarged frontier traffic and local exchanges of certain quantities of characteristic products and goods between Austria and Italy.

Gruber
5. September 1946
Figli

Archiv des Außenministeriums, Rom

Nach der Überzeugung der Siegermächte sollte der Konflikt um die deutschsprachige Minderheit in Italien nicht durch eine Grenzverschiebung, sondern durch das Instrument der Autonomie gelöst werden. Besonders die englische Außenpolitik, auf deren diplomatische Initiative hin dieser Kompromiss letztendlich zustande kam, sah den Pariser Vertrag eingebettet in den größeren Zusammenhang einer österreichisch-italienischen Zusammenarbeit und der angestrebten europäischen Einigung.

Auch wenn es bis zu einer zufrieden stellenden Durchführung des Pariser Vertrages noch eines langen Zeitraumes bedurfte, so wurde das Abkommen seiner ursprünglichen Zielsetzung von der Südtirol-Debatte vor der UNO 1960/61 über die Ausarbeitung des zweiten Autonomiestatuts von 1972 bis hin zur Streitbeilegungserklärung von 1992 gerecht. ■

DER ÖSTERREICHER

Karl Gruber

Karl Gruber (geboren am 3. Mai 1909 in Innsbruck, gestorben am 1. Februar 1995 in Innsbruck) leistete im Zweiten Weltkrieg aktiv Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Es gelang ihm, Innsbruck als einzige Stadt des Deutschen Reichs vor dem Einmarsch der Alliierten von der nationalsozialistischen Herrschaft zu befreien. 1945 wurde Gruber provisorischer Landeshauptmann von Tirol. Im Herbst 1945 übernahm er das Amt des Außenministers in der Regierung Leopold Figl. In dieser Position war er bis November 1953 tätig. Nach seiner Zeit als Außenminister war er u.a. Botschafter in Washington, Bern, Bonn und Madrid, Präsident der Internationalen Atomenergiebehörde und Staatssekretär im Bundeskanzleramt.



Gruber Degasperi

Rückfahrkarte statt Selbstbestimmung

Die Unterschrift, die Karl Gruber und Alcide Degasperi am 5. September 1946 unter den nach ihnen benannten Vertrag setzten, war der Ausgangspunkt für die Entwicklung einer weit reichenden Autonomie. Heute als „Magna Charta“ gerühmt, war das Abkommen 1946 vor allem eines: Eine Rückfahrkarte in die Heimat bzw. das definitive Recht auf einen Verbleib in der Heimat für die Deutschlandoptanten.

Im Pariser Vertrag wird der deutschsprachigen Minderheit in Italien „volle Gleichberechtigung mit den italienischsprachigen Einwohnern im Rahmen besonderer Maßnahmen zum Schutze des Volkscharakters und der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung des deutschsprachigen Bevölkerungsteiles“ zugesichert. Weitere Kernpunkte betrafen die Gleichstellung der deutschen mit der italienischen Sprache, die gerechtere Verteilung der Stellen in öffentlichen Ämtern zwischen den Sprachgruppen und vor allem die inhaltliche Ausgestaltung der Autonomie.

Optanten: Ungewisses Schicksal

1946 war der Krieg zwar schon über ein Jahr lang zu Ende, dennoch waren die Altlasten der totalitären Regime noch überall spürbar. Das vordringlichste Problem der Südtiroler war die Lösung der Staatsbürgerschaftsfrage. Bei der so genannten Option von 1939 hatten sich 86 Prozent der Südtiroler für die deutsche Staatsbürgerschaft entschieden. Die Staatszugehörigkeit der während des Krieges abgewanderten Optanten war eindeutig – sie waren Deutsche.

Jene der übrigen, die nicht abgewandert waren – der Mehrheit also – war hingegen vollkommen unklar. Während beispielsweise die deutschsprachige Schule von der italienischen Regierung schon im Oktober 1945 per Dekret eingeführt wurde, war das Schicksal der Optanten völlig ungewiss.

Die Südtiroler Volkspartei (SVP) hatte sich mit ihrer Forderung, die Umsiedlungsverträge allesamt für null und nichtig zu erklären, nicht durchsetzen können. Im Gegenteil, die italienische Regierung hatte kurzzeitig sogar die Möglichkeit der Abschiebung sämtlicher Südtiroler in den Raum gestellt, die seinerzeit für die deutsche Staatsbürgerschaft gestimmt hatten. Mit dem von Karl Gruber und Alcide Degasperi unterzeichneten Vertrag war diese existenzgefährdende Drohung vom Tisch.

Grundsatzentscheidung in Paris

Die endgültige Klärung der Staatsbürgerschaftsfrage lag allerdings noch in weiter Ferne. Diese war aber unbedingt notwendig, wollten alle Südtiroler – und nicht nur die ehemaligen Dableiber – ihre politischen Rechte wahrnehmen. So drängte die SVP vehement auf die Umsetzung dieses Punktes des Pariser Vertrages. Die vereinbarte Einjahresfrist verstrich aber ohne Ergebnis und erst ein Verhandlungsmarathon zwischen einer italienischen und einer österreichischen Delegation im Herbst 1947 in Rom brachte den Durchbruch. Nachdem die SVP dem ersten Autonomiestatut zugestimmt hatte, verabschiedete der italienische Ministerrat am 2. Februar 1948 das sogenannte Optantendekret.

Nun war Eile geboten, denn für den April des Jahres waren die ersten Parlamentswahlen angesetzt. In einer breit angelegten Werbekampagne wurden die Südtiroler Deutschlandoptanten dazu aufgefordert, möglichst schnell die Option von 1939 zu widerrufen, um an den Wahlen teilnehmen zu können. Tatsächlich erhielten die meisten noch rechtzeitig den Staatsbürgerschaftsnachweis. Die Vergabe der Staatsbürgerschaft an abgewanderte Südtiroler ging jedoch nicht so schnell



Waidbruck 1950: Pfarrer Hans Dejaco (links) begrüßt einen Rückoptanten.



und reibungslos vor sich. Italien beschuldigte die österreichische Regierung, auf die Umsiedler Druck zur Rückoption ausgeübt zu haben. Wieder waren langwierige zwischenstaatliche Verhandlungen notwendig, um das Problem zu Beginn der 1950er Jahre aus der Welt zu schaffen. Nun erhielten auch die Umsiedler in großer Zahl die italienische Staatsbürgerschaft verliehen, Österreich musste sich aber seinerseits verpflichten, eine bestimmte Zahl Südtiroler einzubürgern.

Etwa 4000 ehemaligen Deutschlandoptanten, von denen sich an die 700 in Südtirol befanden, verweigerten die italienischen Behörden die Staatsbürgerschaft. Dabei handelte es sich um Personen, die ein Naheverhältnis zum Nationalsozialismus gepflegt und hohe Positionen innegehabt hatten. Wer diese Form der versteckten Entnazifizierung hinnehmen musste, konnte jedoch zu einem späteren Zeitpunkt auf herkömmlichem Weg um die italienische Staatsbürgerschaft ansuchen, eine Möglichkeit, die auch viele nutzten.

Rückkehr nach Südtirol

Erst der italienische Pass schuf für die Umsiedler die Voraussetzung zu einer Rückkehr nach Südtirol. Die Mehrheit der einstmals rund 75.000 Abgewanderten beabsichtigte nach Kriegsende, in ihre alte Heimat rückzusiedeln. Die Grenzen waren aber gesperrt und wurden streng kontrolliert. Viele wollten trotzdem nicht auf die Regelung von oben warten, sondern machten sich auf ei-

gene Faust auf den Heimweg. Nicht wenige Personen fanden auf dem Weg über die grüne Grenze den Tod, indem sie etwa erfroren oder abstürzten. Trotzdem hielten diese illegalen Rücksiedlungen auch nach der Einigung in Paris an.

Zu Beginn des Sommers 1949 trafen die ersten Rücksiedler auf legalem Weg in Südtirol ein. Die Südtirolerverbände in Österreich und Deutschland organisierten geschlossene Transporte, die Wiener Regierung gewährte eine geringe finanzielle Unterstützung der Rückwanderer. In Südtirol fehlte es aber vor allem an Unterkünften, sodass zahlreiche Rückkehrer vorläufig in Lagern – z. T. ehemaligen Kasernen – untergebracht werden mussten. Erst als sich die Finanzlage in der Provinz allmählich besserte wurde neuer Wohnraum erschlossen bzw. der Bau von ganzen Siedlungen vorangetrieben. Die größte Zahl von Wohnungen wurde in den Bozner Stadtteilen Rentsch und Haslach errichtet, insgesamt fast 200. Freilich kam die Wohnbauoffensive viel zu spät.

Ein zweites drängendes Problem für die Rückkehrer war der Mangel an Arbeitsplätzen. Häufig wiesen die Rückkehrer eine geringe berufliche Qualifikation auf und taten sich daher auf dem knappen Arbeitsmarkt besonders schwer. Bereits in den 1950er Jahren setzte die Arbeitsemigration nach Süddeutschland, Österreich oder die Schweiz ein.

In Bozen wurde das Amt für Rücksiedlungshilfe an Optanten errichtet, das allerdings über so geringe finanzielle Mittel verfügte, dass es seiner Aufgabe kaum nach-

Schon unmittelbar nach Kriegsende wurde Südtirol und insbesondere Bozen von Flüchtlingen überschwemmt. Die Rückoptanten durften allerdings erst Jahre später wieder in ihre Heimat zurückkehren.



National Archives



Wie hier in Meran wurden überall im Land sogenannte Rücksiedlerhäuser gebaut.

kommen konnte. So setzte es auf die private Unterstützung und rief dazu auf, in den Gemeinden sogenannte Rücksiedlungsausschüsse zu gründen. Nicht einmal die Hälfte der Gemeinden kam aber der Aufforderung nach, was Ausdruck der mangelnden Hilfsbereitschaft und Solidarität vieler Südtiroler Dagebliebener war. Die Gründe hierfür lagen einerseits in der allgemein schlechten wirtschaftlichen Lage, zum anderen aber auch in der sowohl bewussten als auch unbewussten Verdrängung der Optionszeit. Das Trauma der Spaltung und Entsolidarisierung, der inneren Zerrissenheit und bei so manchem wohl auch des eigenen Versagens wurde durch die Rücksiedler wach gehalten, weswegen ihnen häufig mit Ablehnung begegnet wurde. So dienten sie als Sündenböcke für die Fehler der Vergangenheit. Die Rückkehr wurde ihnen bisweilen sogar zum Vorwurf gemacht und das Wort vom „Heimatverrat“ fiel, vor allem die Spätheimkehrer erlebten häufig eine kühle Aufnahme. Insgesamt siedelten an die 20.000 bis 25.000 Umsiedler in ihre alte Heimat Südtirol zurück.

Der Pariser Vertrag von 1946 schuf für die meisten Deutschland-Optanten die Grundlage, ihre Entscheidung von 1939 rückgängig zu machen. Die tiefen seelischen Verletzungen, die viele Südtiroler erlitten hatten, konnte er jedoch nicht heilen. ■

Stefan Lechner

DER AUTOR

Stefan Lechner

Stefan Lechner, geboren 1964 in Bruneck, Lehrer und Zeithistoriker mit den Forschungsschwerpunkten Südtiroler und Tiroler Zeitgeschichte.

„Rückoption war lebenswichtig“

Der Pariser Vertrag hat den Südtiroler Optanten die Tür zur Wiedererlangung der italienischen Staatsbürgerschaft geöffnet. Für Ludwig Steiner, der in Paris als Sekretär von Außenminister Karl Gruber dabei war, war dies im Jahre 1946 das wichtigste Ergebnis der Verhandlungen mit Italien. In der Folge, so Steiner, war der Vertrag das Fundament für den stetigen Ausbau der Autonomie.

Das Land Südtirol: Welche Ziele verfolgte Österreich mit der Unterzeichnung des Gruber-Degasperi-Abkommens?

Ludwig Steiner: Als sich in Paris herausstellte, dass die Großmächte nicht bereit waren, eine Änderung der Grenzen Italiens im Norden zuzulassen, auch nicht im Aosta-Tal, war es Ziel Österreichs, die Überlebensrechte der Südtiroler so gut dies menschenmöglich ist für die Zukunft zu sichern.

Was waren die unmittelbaren Folgen des von Gruber und Degasperi unterzeichneten Abkommens?

Steiner: Eines der wichtigsten, ja lebenswichtigen Ergebnisse des Pariser Abkommens war die Öffnung der Möglichkeit und das Recht auf Re-Option. Wäre die Rückoption nicht möglich gewesen, dann wären die Südtiroler mit fremder Staatsbürgerschaft Bürger minderen Rechts in der eigenen Heimat gewesen.

Durch den Pariser Vertrag wurde die Forderung nach Rückkehr zu Österreich zunächst aufgegeben. Das Selbstbestimmungsrecht konnte nicht durchgesetzt werden. War die Unterzeichnung des Abkommens deshalb im Nachhinein ein Fehler?

Steiner: Zwar konnte im Pariser Vertrag die Rückkehr Südtirols zu Österreich nicht erreicht werden. Das Selbstbestimmungsrecht der Südtiroler wurde jedoch nie aufgegeben. Das Selbstbestimmungsrecht ist das Recht der Südtiroler selbst und könnte gar nicht von irgendeiner anderen Seite – auch nicht



PH. Roland Schagerl

von Österreich – aufgegeben, es könnte nicht darauf verzichtet werden.

Sind die Maßnahmen für Südtirol im „Paket“ und das darauf aufbauende Zweite Autonomiestatut eine Fortschreibung des Pariser Vertrages oder hat dieses detaillierte Regelwerk eine völlige neue Richtung eingeschlagen?

Steiner: Alle heutigen Paket-Maßnahmen bauen im Grunde auf das Gruber-Degasperi-Abkommen von 1946 auf, gehen aber bei weitem über dieses Abkommen hinaus. Sie gehen viel weiter, als man es unmittelbar nach Kriegsende überhaupt zu hoffen gewagt hätte.

Die Autonomie hat sich in den vergangenen Jahrzehnten zu einem Erfolgsmodell entwickelt. Wie erklären Sie sich den Südtiroler Aufschwung seit den 1970er Jahren?

Steiner: Die Entwicklung der Südtiroler Autonomie hin zu einem nicht nur in Europa vorzeigbaren Erfolgsmodell hat verschiedene Ursachen. Es war und ist vor allem der Wille der Südtiroler ausschlaggebend, der sich in einer demokratischen Legitimation der Vertretung der Südtiroler Interessen in der Welt manifestiert. Dazu kommt, dass Österreich sich international unermüdlich für die Rechte der Südtiroler einsetzt und eingesetzt hat und dass Österreich sich

immer überall dort zum Schutze Südtirols meldet, wo dies notwendig ist.

Obwohl die Autonomie weitreichend ist, verstummen die Rufe nach Selbstbestimmung nicht gänzlich. Kann eine Minderheit wie die Südtiroler in der Provinz Bozen heute das Recht einfordern, über sich selbst zu bestimmen?

Steiner: Selbstverständlich ist das Recht auf Selbstbestimmung etwas, auf das schließlich keine Gemeinschaft verzichten kann. Es bleibt aber die Frage, wie und wann ein solches Recht formell praktisch einzufordern ist. Es ist zu überlegen, ob es auch andere Wege gibt, die letztlich in der Praxis zum gleichen Resultat führen können. Welche Bedeutung haben in einem Europa ohne Grenzen heute noch nationale Grenzen? ■

KURZBIOGRAFIE

Ludwig Steiner

Ludwig Steiner wurde am 14. April 1922 in Innsbruck geboren und war während des Zweiten Weltkrieges im Widerstand gegen das NS-Regime aktiv. Im Mai 1945 unterstützte er Karl Gruber bei der Befreiung Innsbrucks. Nach dem Krieg wird Steiner Grubers Sekretär und begleitet ihn in dieser Funktion nach Paris zu den Friedensverhandlungen.

„Vertrag hat sich bewährt“

Das Pariser Abkommen war seiner Zeit voraus, meint Giulio Andreotti. Der oftmalige Ministerpräsident Italiens, der als enger Mitarbeiter von Ministerpräsident Degasperi die Verhandlungen in Paris verfolgte, stuft den Vertrag als Musterbeispiel friedlicher Minderheitenpolitik ein, dessen wahrer Wert erst im Laufe der Jahrzehnte erkannt und ausgeschöpft worden sei.

Das Land Südtirol: Nach dem Zweiten Weltkrieg hat Italien eine von tiefgreifenden sozialpolitischen Veränderungen gekennzeichnete Phase erlebt. Welche Rolle spielte in diesem besonderen Kontext das Vorhandensein einer deutschen Minderheit in Südtirol?

Giulio Andreotti: Durch die klugen Maßnahmen, die bei der Nachkriegsregelung in Südtirol ergriffen wurden, konnten Spaltungen und zukünftige Krisen vermieden werden. Der vereinbarte Entwurf des Sonderstatutes für die Region ermöglichte ein konstruktives Zusammenleben der Volksgruppen, während man die ungelösten Fragen der Vergangenheit (Rückoption usw.) mit offenem Geiste regelte. Es war ein Vorbild, das auch im Ausland auf immer größere Zustimmung stieß.

Ministerpräsident Alcide Degasperi dehnte den Wirkungsbereich des Abkommens auch auf die Provinz Trient aus. Statt eines Minderheitenschutzes nur für die Südtiroler kam es zu einer Regionalautonomie. Hat sich dieser Entschluss nachträglich als richtig oder falsch erwiesen?

Andreotti: Ich glaube, dass die Regionalautonomie der richtige Weg war. Natürlich zählte für Degasperi auch seine Herkunft aus dem Trentino. Er war aber ein sehr offener Mensch. Da ich mich persönlich um die Frage der Rückoptionen kümmern musste, gab er mir eine präzise Anweisung: ‚Mit Großzügigkeit handeln, und in schwierigen Fällen keine negativen Entscheidungen treffen, sondern die Entscheidungen aufschieben. Mit der Zeit kommt alles wieder in Ordnung.‘ Und so kam es auch.



Sind das Paket und das darauffolgende zweite Autonomiestatut als Fortschreibung des Pariser Vertrags anzusehen oder wurde dadurch ein ganz neuer Weg eingeschlagen?

Andreotti: Es ist ganz eindeutig eine Kontinuität vorhanden. Und auch wenn es für den Abschluss des Paketes viel Zeit gebraucht hat, so glaube ich, dass der Wille dazu auf beiden Seiten niemals gefehlt hat.

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Autonomie zu einem erfolgreichen Modell entwickelt. Wie lässt sich Ihrer Meinung nach der Aufschwung erklären, den Südtirol ab den 70er Jahren erlebte?

Andreotti: Dieses Land hat eine sehr anständige, arbeitsame Bevölkerung, die von einer starken christlichen Tradition geprägt ist.

Obwohl es sich um eine sehr weite Autonomie handelt, haben die Forderungen nach Selbstbestimmung auch noch heute nicht ganz aufgehört. Steht es der österreichischen Minderheit in Südtirol zu, auf ein solches Recht zu bestehen?

Andreotti: Nein. Die Verfassungsgebende Versammlung hat das Autonomiestatut genehmigt und Bozen – das möchte ich unterstreichen – ist eine Provinz Italiens.

Ist der Pariser Vertrag ein wertloses Überbleibsel aus einer entfernten geschichtlichen Epoche, die in der europäischen Union längst überwunden ist?

Andreotti: In Paris hatten die Siegermächte das Sagen. Das bestätigt sich auch darin, dass mit Tito jede Vereinbarung unmöglich war. Umso höher ist meine Wertschätzung für das Gruber-Degasperi-Abkommen, das autoritäre Entscheidungen der Konferenz abwenden konnte. ■

KURZBIOGRAFIE

Giulio Andreotti

Giulio Andreotti wurde am 14. Januar 1919 in Rom geboren und war an 33 italienischen Regierungen beteiligt und dabei sieben Mal Ministerpräsident. Als Regierungschef erklärte Andreotti 1992 das Paket für erfüllt, darauf wurde im Juni 1992 die Streitbeilegungserklärung abgegeben. 1946 gehörte Andreotti zum persönlichen Mitarbeiterstab von Ministerpräsident Alcide Degasperi und war nach Abschluss des Pariser Vertrages maßgeblich an der Ausarbeitung des so genannten Optanten-Dekrets beteiligt.

francesco de gennaro

Die „Todeschi de Bolzan“

Als ich ab März 1966 in der Region arbeitete, begann ich besser zu verstehen, wer die „Todeschi de Bolzan“ - so nannten wir die deutschsprachigen Südtiroler am Trentiner Sulzberg, meiner Heimat - eigentlich waren. Ich bedauerte, dass mir während der Schulzeit die Geschichte und die Identität meiner Nachbarn nicht besser erklärt worden waren.

In der Region herrschte in den 60er Jahren ein angespanntes Klima. Diese Anspannung war eine Konstante in der Südtirol-Politik dieser Zeit. Meine Südtiroler Kollegen forderten mehr Autonomie für ihr Land. Ich erinnere mich noch genau an den Tag, als ich in mein Büro zurückkehrte und Albin Stimpfl, ein Südtiroler Kollege, von der gegenüberliegenden Straßenseite auf mich zukam. Er winkte mit der „Dolomiten“ in der Hand und rief freudig: „Paolo, Paket in Sicht!“

Die SVP setzte ihre Hoffnungen in den Artikel 14 des Autonomiestatuts, der vorsah, dass die regionalen Befugnisse an die Provinzen übertragen werden. Wegen der kurz-sichtigen Haltung Roms sowie der fehlenden Sensibilität des Trentino wurden diese Hoffnungen aber enttäuscht. Man wird der Angelegenheit jedoch nicht gerecht, wenn man das Südtirol-Problem in den 50er und 60er Jahren auf die dehnbare Formulierung des Artikels 14 beschränkt. Ohne Zweifel hat auch die die Trentiner Realpolitik einen guten Teil der Schuld am Scheitern des ersten Autonomiestatuts. Die Trentiner waren auch dem Druck der italienischen Politiker Süd-

tirols ausgesetzt, die in einer Landesautonomie Vergeltungsmaßnahmen seitens der deutschen Sprachgruppe befürchteten.

Region eine leere Hülse

Erst nach der Genehmigung des Pakets und der Verabschiedung des neuen Autonomiestatuts im Jahr 1972 hat die Autonomie einen neuen Aufschwung erlebt. Leider wurden nicht alle Chancen ergriffen, die ein gemeinsames Wachsen von Südtirolern und Trentinern im Sinne des vereinten Europas ermöglicht hätten. In der Region wurde nach Jahren der Spannung die Zusammenarbeit mit der SVP wieder aufgenommen. Die Volkspartei hat jedoch die Idee der Landesautonomie, losgelöst von der Region, weiter konsequent verfolgt und die Region wurde immer wieder als „leere Hülse“ bezeichnet.

Es ist eine schwierige Aufgabe, etwas mit Leben zu füllen oder auch nur am Leben zu erhalten, das ein wesentlicher Partner – in diesem Fall die Südtiroler – aushöhlen will. Den Trentinern kann man vorwerfen, dass sie nicht entschie-



den und überzeugt genug gehandelt haben, um die erhebliche Schwächung der Region zu verhindern. Heute ist es um die Region trauriger denn je bestellt.

Der Pariser Vertrag ist im Guten wie im Schlechten der Ausgangspunkt der Autonomie. Will man dieses Abkommen bewerten, dürfen die gesamtstaatlichen politischen Rahmenbedingungen und die internationale Situation nicht vergessen werden. Von der Unterzeichnung des Vertrags ist nicht einmal ein Foto geschossen worden.

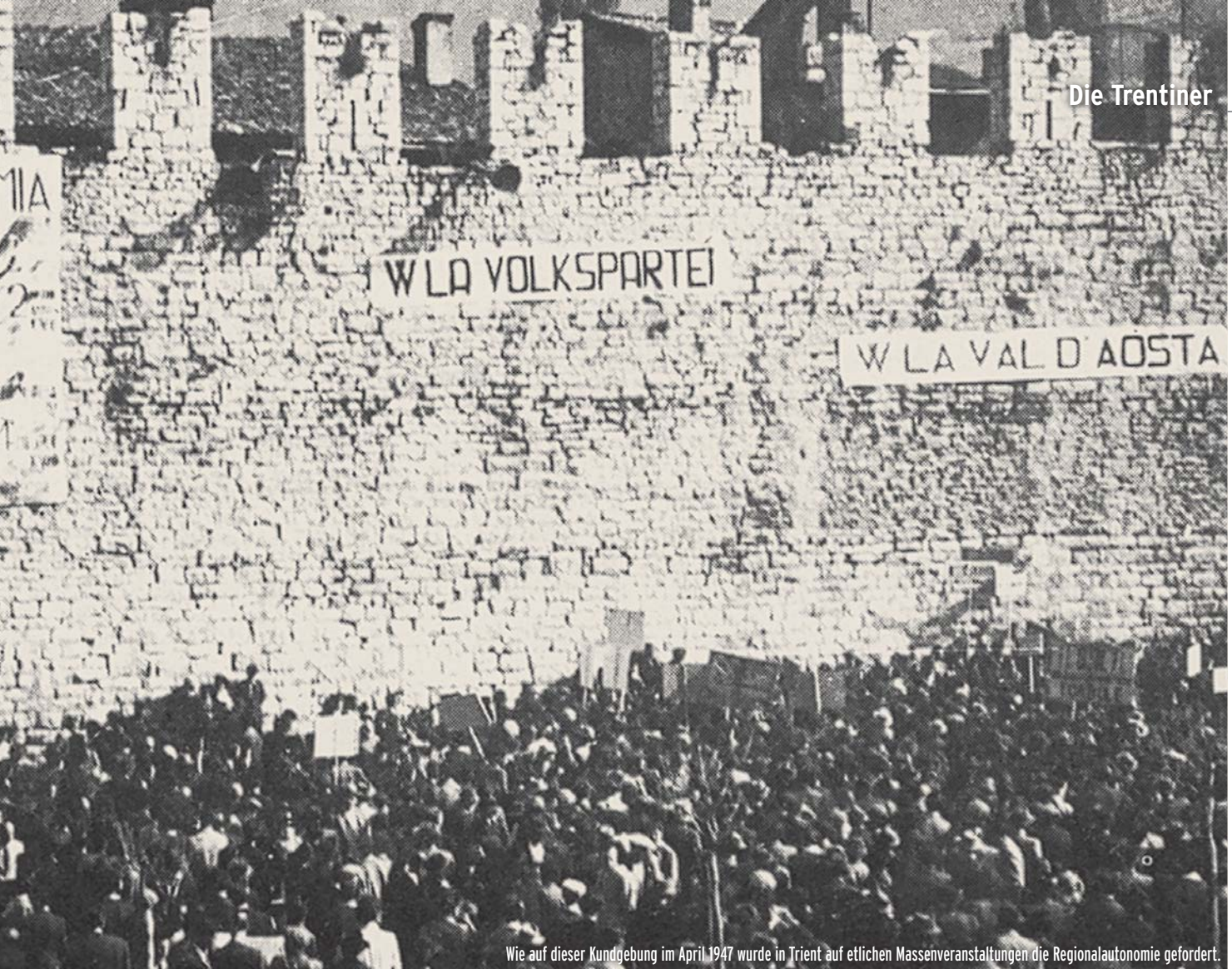
Der auf Maschine geschriebene Text wurde handschriftlich korrigiert.

Ich verstehe zwar die Ressentiments der deutschsprachigen Südtiroler gegenüber Degasperi, aber ich kann einfach nicht glauben, dass er die Ausweitung der Autonomie auf das Trentino ausgehandelt hat, um die Südtiroler zu verraten. Selbst Karl Gru-

Für die Regionalautonomie

Während die deutschsprachigen Südtiroler geschlossen das Recht auf Selbstbestimmung und damit die Loslösung von Italien einforderten, traten die Trentiner und die Italiener in Südtirol für eine Regionalautonomie ein. Im Trentino formierte sich eine enorm schlagkräftige Autonomiebewegung. An deren Spitze stand die ASAR, die „Associazione Studi per l'Autonomia Regionale“, die zwischen Dezember 1945 und April 1957 drei beeindruckende Massenkundgebungen organisierte.





Wie auf dieser Kundgebung im April 1947 wurde in Trient auf etlichen Massenveranstaltungen die Regionalautonomie gefordert.

ber, mit dem ich darüber unterhalten habe, schließt dies aus. Überzeugender sind für mich die Sätze, die Gruber im September 1976 anlässlich des dreißigsten Jubiläums der Unterzeichnung des Pariser Vertrags eigenhändig schrieb: „Ministerpräsident Alcide De Gasperi hat sowohl das Abkommen wie auch die autonomen Einrichtungen selbst als einen Vorläufer echter europäischer Gesinnung bezeichnet. Ich habe ihm dabei von vollem Herzen beige stimmt“.

Südtiroler Ressentiments

Wenn sich die Zusammenarbeit zwischen Trentinern und Südtirolern nicht so entwickelt hat, wie es sich Gruber und De Gasperi vorgestellt hatten, so darf man dies nicht einfach den beiden Vertragsunterzeichnern ankreiden. Die Südtiroler hatten schon immer eine Abneigung gegen den „Auslegungsrahmen“ des Pariser Vertrags. Abgesehen davon glaube ich, dass ein Verrat – wenn es denn einen gegeben hat – mit aller gebotenen Vorsicht den Trentinern vorgeworfen werden kann. Sie haben die klare Botschaft

De Gasperis – die Zusammenarbeit „für die Bruderschaft der Völker“ – nicht angemessen begriffen. Deshalb konnten sie seine vorausblickende europäische Vision nicht umsetzen. Diese Zusammenarbeit wäre ein Experiment gewesen, das auch vom italienischen Nationalstolz einige Opfer abverlangt hätte.

Wenn man im Trentino mit mehr Entschlossenheit das hauptsächlich in italienischen Kreisen Südtirols proklamierte „Siamo in Italia, si parli italiano“ zurückgewiesen und sich mehr darum bemüht hätte, die Kenntnis der deutschen Sprache zu verbreiten und sie im Trentino zur Zweitsprache und nicht zur Fremdsprache zu machen, hätte sich die Geschichte unserer Autonomie anders entwickelt.

Heute ist es der deutschen Sprachgruppe de facto gelungen, den Pariser Vertrag nach ihren anfänglichen Vorstellungen umzusetzen. Die Überreste der Region können die für die Südtiroler Bevölkerung grundlegenden Entscheidungen weder beeinträchtigen noch beeinflussen. In einem Klima, das sich von den schwierigen Jahren der Unterzeichnung und ersten Umsetzung des Vertrags deutlich unter-

scheidet, haben sich das Trentino und Südtirol verpflichtet, ihre Bevölkerungen auf dem Weg ins neue Europa und in die globalisierte Welt zu begleiten. Abgesehen von den politischen Kontakten und Lippenbekenntnissen, müssen sich nun die Menschen an dieser Reise beteiligen. In diesem Sinne müssen sich meines Erachtens die Vertreter aller Sprachgruppen mit den hehren europäischen Ansprüchen von Gruber und De Gasperi identifizieren und sie zu ihren eigenen machen. ■

Paolo Magagnotti

DER AUTOR

Paolo Magagnotti

Paolo Magagnotti, geboren in 1941 in Crevalcore (Bologna) und aufgewachsen im Trentino, Journalist, derzeit Präsident der Vereinigung europäischer Journalisten und der deutsch-italienischen Gesellschaft für Europa. Verfasser zahlreicher Publikationen über die Autonomie des Trentino und Südtirols sowie über die europäische Integration.

Silvius Magnago

Vertrag wird Paket

Unterzeichnet haben den Pariser Vertrag Karl Gruber und Alcide Degasperi. Die toten Buchstaben zum Leben erweckt hat hingegen Silvius Magnago. Das war deshalb möglich, weil ihm endlich mit Ministerpräsident Aldo Moro und dem Bozner DC-Abgeordneten Alcide Berloffia auf römischer und lokaler Ebene verständnisvolle Gesprächspartner gegenüberstanden. Der Altlandeshauptmann hatte jedoch Zeit seiner politischen Laufbahn ein zwiespältiges Verhältnis zu jenem Dokument, auf dessen Grundlage er die heutige Autonomie stellte.



DM/Prenter

Der Pariser Vertrag hat Stärken und Schwächen. Negativ ist beispielsweise die missverständliche territoriale Abgrenzung und dass das Abkommen gar nicht auf die Ladinler eingeht. Auch bei der Frage der Rückoption hat man nur eine halbe Sache gemacht. Dennoch ist der Pariser Vertrag die Grundlage der Autonomie. Am Bedeutendsten ist, dass mit dem Vertrag die Grundlage für die Internationalisierung der Südtirolfrage geschaffen wurde.“ Silvius Magnago bewertet das Abkommen vom 5. September 1946 auch

heute noch kritisch. Vor 30 Jahren hat der damalige Landeshauptmann und SVP-Obmann mit einer Grundsatzrede aufhorchen lassen. Zentrales Element von Magnagos Ausführungen: Die Bewertung des Pariser Vertrags.

Rückblende: 1969 hat die SVP-Landesversammlung das Paket gutgeheißen und damit die Tür zum zweiten Autonomiestatut geöffnet. Das folgende Jahrzehnt war die goldene Ära bei der Ausgestaltung der heutigen Autonomie. Südtirol und Rom verwirklichten in diesen Jahren die westlichen Inhalte der Autonomie, wie sie von den Maßnahmen des Pakets vorgesehen war. Im März 1976 standen die zwei wichtigsten Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut, jene zur Zweisprachigkeit und jene zum ethnischen Proporz, kurz vor der Verabschiedung. An diesem autonomiepolitischen Höhepunkt ließ Magnago bei der Landesversammlung der SVP die Zeitspanne von der Unterzeichnung des Vertrages bis hin zur konkreten Ausgestaltung der Autonomie Revue passieren. In diesem optimistischen politischen Klima erkannte Magnago erstmals auch die Rolle der Männer der Feuernacht von 1961 an.

Die Zeit von 1946 bis 1976 gliederte Magnago in drei Abschnitte: Der erste reicht von der Unterzeichnung des Pariser Vertrages bis zur Überreichung der ersten österreichischen Note an Italien im Jahr 1956. Der zweite Abschnitt umfasst das Jahrzehnt von

1956 bis 1966 und wird von Landeshauptmann Magnago als internationale Phase bezeichnet. Die Jahre von 1966 bis 1976 stehen im Zeichen der Ausfeilung und Durchführung des Pakets.

Auch 1976 war für Magnago klar: „Der Pariser Vertrag ist die feste Grundlage, auf der die Partei ihre Arbeit zur Sicherung unseres Volkstums leisten konnte und heute noch leistet.“ Der Pariser Vertrag enthielt für den damaligen Landeshauptmann zwei wesentliche Bedingungen: „Die eine liegt darin, dass uns das Recht auf eine eigene Autonomie für Südtirol allein zugestanden wurde [...] Die zweite besteht darin, dass diese Autonomie nicht nur ein Geschenk einer italienischen Regierung ist, das uns von einer anderen unter geänderten Verhältnissen wieder genommen werden könnte, sondern dass sie auf alle Fälle international abgesichert ist.“

Seine Rede abschließend stellte Magnago schließlich fest, dass der Pariser Vertrag trotz aller Mängel der Ausgangspunkt für das neue, brauchbare Autonomiestatut gewesen sei. „Die Generation, der ich angehöre, hat rund von ihrem 30. bis zu ihrem 60. Lebensjahr um die praktische Durchführung des Pariser Vertrages im Sinne eines wirksamen Schutzes [...] der deutschen und ladinischen Südtiroler gekämpft. Es wurde viel erreicht“, so Magnago. ■

Thomas Ohnewein, LPA



nach LPA



Südtirol wächst nach Europa

Als im September 1946 der Pariser Vertrag unterzeichnet wurde, war die Möglichkeit eines friedlich vereinten und wirtschaftlich integrierten Europa noch Utopie. Dennoch, nur zehn Jahre später entstand mit den „Römischen Verträgen“ bereits der Kern der künftigen Europäischen Union. Nach Jahrzehnten des Konflikts konnte sich Europa endlich voll entfalten – und Südtirol ist seither mit und in Europa gewachsen.

Als Grenz- und Transitland war Südtirol prädestiniert, sich an seiner europäischen Dimension zu messen. Die fortschreitende europäische Integration hat im Laufe der Jahre auch Südtirols wirtschaftspolitische und soziale Entwicklung tief geprägt – man war aber im Gegenzug auch bereit, in Europa eigene Erfahrungswerte einzubringen: die friedliche Vereinigung dreier gleichberechtigter Sprachen und Volksgruppen auf einem kleinen Gebiet, die viel zitierte „Brückenfunktion“ zwischen den Kulturen und den großen Wirtschaftsräumen nördlich und südlich der Alpen. Und nicht zuletzt der verantwortungsbewusste Umgang mit einer großzügigen, völkerrechtlich abgesicherten Autonomie, deren Grundlage – der Pariser Vertrag von 1946 – in diesen Tagen gedacht wird.

Brückenfunktion

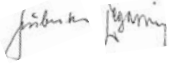
Wir leben heute in einer Europäischen Union von fast 500 Millionen Menschen, in dem jeder von uns – ob Unternehmer, Student, Rentner, Landwirt, Arbeitnehmer, Freiberufler – die vielfältigen Vorteile der europäischen Integration unterschiedlich

wahrnehmen kann. Grenzen sind gefallen, Wirtschaftsströme freizügiger geworden, Personen mobiler und vormals abgeschottete Wirtschaftsbereiche offener. All das bietet heute Chancen, von denen 1946 kaum jemand zu träumen gewagt hätte. Südtirols Wirtschaft konnte in verstärktem Maße vom rasanten wirtschaftlichen Aufschwung der 60er und 70er Jahren in Europa, insbesondere in Deutschland und Italien, profitieren und damit die Grundlage unseres heutigen Wohlstandes schaffen. Dabei wurden immer schon eigene europäische, „grenzübergreifende“ Akzente gesetzt, z.B. als Partner im so genannten „Accordino“, der dem regionalen Handel die Vorteile eines kleinen Binnenmarkts mit den benachbarten österreichischen Ländern gewährte, die damals noch nicht in der EG integriert waren. Aber auch durch zahlreiche Initiativen und Kooperationen im Bereich Minderheitenschutz, Kultur, Bildung, Verkehr, mit dem stetigen Engagement zum Schutz des Alpenraumes und der Förderung der ländlichen Entwicklung, bis hin zur Koordinierungsrolle bei den Interreg-Programmen. Wenn heute – 60 Jahre später – die jüngsten Eurostat-Zahlen der regionalen Wertschöpfung in der

EU das Land Südtirol im Spitzenfeld sehen (160 Prozent des durchschnittlichen BIP/Einwohner der EU), mit einer der europaweit geringsten Arbeitslosenquoten, so ist dies auch eine objektive Anerkennung der erfolgreichen, europäisch ausgerichteten Wirtschaftspolitik unseres Landes. Der mit dem Pariser Vertrag gepflanzte Samen hat unverkennbar seine Früchte getragen...

EU öffnet Türen

Mit Inkrafttreten des Maastrichter Vertrages 1993 wurde für Südtirol – neben der Öffnung des EU-Binnenmarkts – aber auch eine neue Dimension spürbar: die auf europäischer Ebene getroffenen Entscheidungen und Maßnahmen wirkten sich stärker und unmittelbarer auf Regionen, Städte und Gemeinden aus. Diese waren nun zwar für die Umsetzung des Gemeinschaftsrechts verantwortlich, ohne jedoch in der Gesetzgebungsphase wirklich eingebunden gewesen zu sein. Die Auswirkungen waren auch für Südtirols Beihilfen- und Förderpolitik in vielen Wirtschaftsbereichen deutlich spürbar. Eine breit koordinierte politische Reaktion war also erforderlich, um den Stellenwert



der Regionen in Europa zu erhöhen und deren spezifische Interessen in den legislativen Verfahren der EU früher und stärker einbringen zu können. Daran gekoppelt war auch eine klare Botschaft: Ja zu einem vereinten und stärker integrierten Europa, das das Subsidiaritätsprinzip und damit die Bedürfnisse der einzelnen Länder und Regionen anerkennt und respektiert; ein Nein jedoch zu den Vorstellung eines zentral gesteuerten, vereinheitlichten Europa, in dem regionale Besonderheiten keinen Platz hätten.

Auf institutioneller Ebene standen Südtirol dafür zwei wertvolle Instrumente zur Verfügung: seine Vertreter im Europäischen Parlament sowie die Vollmitgliedschaft des Landeshauptmanns im Ausschuss der Regionen, dem ebenfalls durch den Maastrichter Vertrag 1994 errichteten beratenden EU-Organ der regionalen Ebene. Das Land Südtirol war 1995 aber auch unter den Ersten, die – gemeinsam mit dem Land Tirol und dem Trentino – ein eigenes Verbindungsbüro zu den EU-Institutionen eröffneten – trotz des Gegenwinds zentralistisch denkender Behörden. Es wurde dabei ganz bewusst dieses grenzübergreifende Modell gewählt, die erste und bis dato einzige gemeinsame EU-Vertretung benachbarter Länder aus verschiedenen Mitgliedstaaten, um nicht nur praktische Synergieeffekte zu nutzen, sondern auch die europäische Gesinnung dieser „Europaregion“ hervorzuheben. Ein konkretes Zeichen der Öffnung und der Bereitschaft einer konstruktiven Beteiligung am gemeinsamen Projekt Europa. Wenn

heute die Regionen von der EU als wertvolle Gesprächspartner anerkannt sind und in vielen Bereichen auch unmittelbar in die Entscheidungsverfahren eingebunden werden, ist dies ein Zeichen, dass sich der Einsatz gelohnt hat.

Südtirol steht heute als selbstbewusster und solider Partner in der neuen, erweiterten EU. Welchen Beitrag können wir heute für Europa leisten? Der Einsatz für die regionale Causa und den Minderheitenschutz werden erwartungsgemäß auch weiterhin prioritäre Ziele bleiben. Doch weitere bedeutende Herausforderungen stehen uns bevor: die Verwirklichung des Brennerbasistunnels als Schlüsselstelle der EU-Verkehrspolitik; die Umsetzung einer nachhaltigen Politik für den Alpenraum bzw. ländlichen Raum – und die Verbesserung des Dialogs zwischen Europa und seinen Bürgerinnen und Bürgern. Denn Europas größte Herausforderung scheint derzeit die Überbrückung der Kluft mit ihrer Basis zu sein. Quer durch alle Mitgliedstaaten, alte wie neue, zieht sich eine Front der Skepsis bzw. Ablehnung, die die jüngsten Polemiken um umstrittene Erweiterungen, die Finanzierung des Haushalts, Liberalisierungen der Arbeits- oder Dienstleistungsmärkte verstärkt haben. Die Rückschläge im Ratifizierungsverfahren des neuen Verfassungsvertrags sind ein Beleg dafür, dass Europas Bürger nicht mehr bereit sind, das europäische Integrationsprojekt im gewohnten Ausmaß mitzutragen – auch weil sie vielleicht nicht mehr klar verstehen, wo es künftig langgehen soll. Transparenz, sachliche Information und Dialog sind also gefragt, um die gefährliche Schiefelage wieder ins Lot zu bringen. Südtirols Erfolgsgeschichte, die vor 60 Jahren mit dem Pariser Vertrag begonnen hat, ist uns daher Ansporn und Verpflichtung zugleich, auch weiterhin, gemeinsam mit unseren Partnern, für ein demokratisches, wirtschaftlich integriertes, aber vor allem bürgernahes Europa einzutreten. ■

Claudio Quaranta

DER AUTOR

Claudio Quaranta

Claudio Quaranta, geboren 1964 in Meran, langjähriger Leiter des Landesaußenamtes Brüssel, seit 2005 leitender Beamter im Ausschuss für Binnenmarkt des Europäischen Parlaments in Brüssel.

Südtirollösung für Tibetfrage?

Sechzig Jahre Frieden in Südtirol zeigen, dass das Autonomie- ein Erfolgsmodell ist. Eignet es sich aber auch für den Export? Höchstens Teile davon, behauptet einer, der es wissen muss: der Dalai Lama, das weltliche und geistige Oberhaupt der Tibeter. Er hat Südtirol bereits zwei Mal besucht und Landeshauptmann Luis Durnwalder auch schon in seinem Exil in Dharamsala empfangen. Eine ganze Reihe tibetischer Fachleute haben zudem das Südtirolmodell eingehend studiert, weil „das Südtiroler Autonomiemodell ein modernes und effizientes ist, für politische Stabilität, wirtschaftlichen Wohlstand und geringe Arbeitslosigkeit sorgt“, so der Dalai Lama.

Kann man mit einer Autonomie à la Südtirol also die Tibetfrage lösen? Nein, glaubt der Dalai Lama: Kein Autonomiemodell könne eins zu eins auf seine Heimat umgelegt werden. Es gehe vielmehr um die Frage, wie Detailbereiche geregelt werden – man denke an die Pflicht zur Zweisprachigkeit, an den ethnischen Proporz, an die weit reichenden politischen und administrativen Spielräume. Diese Aspekte in etwaige Verhandlungen mit China einbringen, auf funktionierende Systeme verweisen zu können, konkrete Lösungsvorschläge parat zu haben – dies sind die Vorteile, die sich aus der tibetisch-Südtiroler Zusammenarbeit ergeben.

Doch eines ist klar: Noch fehlt für Tibet die Grundlage einer Autonomie, noch fehlt der Willen Chinas, den Tibetern eine Autonomie zu gewähren, die diesen Namen verdient, noch fehlt ein tibetisch-chinesischer Pariser Vertrag. ■

J. Christian Rainer, LPA



J. Penzler



Arno Pirelli



Autonomie für alle

Der Weg der Südtiroler vom Pariser Vertrag über die Scheinautonomie von 1948, die „Paket-schlacht“ von 1969 bis zum Zweiten Autonomiestatut und dessen Umsetzung war beschwerlich. Heute profitieren nicht nur die deutsch- und ladinischsprachigen Südtiroler von der Autonomie: Die einstigen Schutzschilder Proporz oder Sprachgleichstellung sind Garanten für das gute Zusammenleben der drei Sprachgruppen geworden.

Sollte es sich herausstellen, dass die Südtiroler zum Überleben in ihrem angestammten Kulturraum einen Hubschrauber brauchen“, so Alt-Landeshauptmann Silvius Magnago, der „Vater“ der Südtirol-Autonomie, „dann hat der italienische Staat jedem Südtiroler einen Hubschrauber zur Verfügung zu stellen.“ Für diese Forderung, die Magnago vor gut 30 Jahren stellte und die er immer wieder mit der ihm eigenen Hartnäckigkeit vortrug, stieß er einerseits auf Unverständnis, andererseits machte er aber mit dem übertriebenen Gleichnis deutlich, dass

Sprachminderheiten mit ganz eigenen und gezielten Maßnahmen zu schützen sind und dass für diesen Schutz keine Grenzen „nach oben“ gesetzt sind. Zudem wollte Magnago damit bildlich darlegen, dass man von vornherein nie wissen könne, was Sprachminderheiten im Verlaufe der Zeit zum Überleben brauchen. Ebenso von Magnago stammt die Mahnung, dass es ungerecht und falsch wäre, Ungleiches gleich zu behandeln, d.h. dass spezifische Situationen und Erfordernisse nur mit Sondermaßnahmen und eigenen Regelungen zu lösen sind, und er konnte sich

dabei auf den Artikel sechs der italienischen Verfassung stützen: „Die Republik schützt mit besonderen Bestimmungen die sprachlichen Minderheiten.“

Die Südtiroler haben es sicher einmal einer Vielzahl von glücklichen Umständen zu verdanken, dass sie im Verlaufe von 60 Jahren zähen Ringens eine Autonomie erreicht haben, die bezogen auf ihren Inhalt (also auf die Zuständigkeiten und das Ausmaß der Selbstverwaltungsmöglichkeit) als sehr umfassend, wenn auch nicht als vollkommen bezeichnet werden kann. Die Südtiroler sind heute eine





der ganz wenigen Sprachminderheiten in Europa, welche ein zahlenmäßiges Wachstum verzeichnen können, und dies trifft nicht nur für den deutschsprachigen Anteil, sondern auch auf die kleinste (und damit am ehesten gefährdete) Sprachgruppe der Ladinier zu. Als beispielhaft und damit allenfalls als Modell für andere Sprachminderheiten kann auf alle Fälle das „Werden“ dieser Südtirol-Autonomie bezeichnet werden. Die Grundvoraussetzung war sicher einmal, dass die Südtiroler deutscher und ladinischer Muttersprache der faschistischen Unterdrückung und den nachfolgenden Assimilierungsversuchen standgehalten haben, und diese ethnischen Vereinnahmungsversuche von Seiten des faschistischen und auch des demokratischen Italien letztendlich auch wesentlich dazu beigetragen haben, dass die beiden Sprachminderheiten in ihrem angestammten Mutterkulturraum als Deutsche und Ladinier überleben wollten und heute zu ihrer Sprache und Kultur stehen.

Beharrlichkeit

Das zweite Erfolgsrezept liegt in der Beharrlichkeit, mit der um die Autonomie gerungen worden ist. „Realistische Forderungen stellen und diese mit Einsatz und Nachdruck vorantreiben“ – dies die Devise seit dem enttäuschenden ersten Autonomiestatut von 1948. Selbst in der Schlussresolution zur Annahme des „Paketes“ am 22./23. November 1969 in Meran wird wörtlich festgestellt, dass „das Paket nicht alle Befugnisse einer echten

Selbstverwaltung enthält“, und die damalige eindringliche Warnung von Silvius Magnago – „und sollte auch nur ein Beistrich am Paket geändert werden, ist unsere Zustimmung hinfällig“ – hat damals mehr als nur Respekt abgerungen, sie hat Wirkung gezeigt. Ein weiterer Pluspunkt im erfolgreichen Ringen um die Verbesserungen der Südtiroler Autonomie war auch die klare Absage des übergroßen Teiles der Südtiroler Bevölkerung an jedwede Form der Gewaltanwendung zur Erreichung des großen politischen Zieles.

Außenpolitische Schützenhilfe

Und schließlich ist noch jene außenpolitische Schützenhilfe hervorstreichend, welche die Südtiroler zum Unterschied von den allermeisten Sprachminderheiten in Europa haben: Österreich hat stets wachsam und einsatzbereit seine Schutzfunktion wahrgenommen. Zudem steht Österreich seit dem „Paket“- Abschluss und der Streitbeilegung einem „Vertragspartner“ gegenüber, eben dem Staat Italien, dessen politische Vertreter heute mit berechtigtem Stolz auf die gelungene Konflikt-Lösung in Südtirol verweisen. Ohne das Entgegenkommen der verschiedenen italienischen Regierungen und vor allem ohne die Annahme des neuen Autonomiestatutes als Verfassungsgesetz durch das italienische Parlament im Jahre 1971 wäre es sicher nicht zum heute auch von italienischen Spitzenpolitikern (wie von dem vor kurzem abgetretenen Staatspräsidenten Carlo Azeglio

Ciampi) als Modell dargestellten Südtirol-Autonomie gekommen. Die Voraussetzungen für die sprachliche und kulturelle Weiterentwicklung der drei Sprachgruppen im Lande sind gegeben, die Sprachgleichstellung ist Realität, der Proporz und das Recht auf den Gebrauch der Muttersprache sind heute nicht nur mehr Schutzschilde, sondern Garanten für den ethnischen Ausgleich und das gute Zusammenleben. Die Südtirol-Autonomie – zuerst vorwiegend als Schutzinstrument für die Erhaltung und Förderung der Sprache und Kultur der beiden Sprachminderheiten konzipiert und auch wirksam – hat im Verlaufe der letzten Jahrzehnte immer mehr territoriale Valenz erreicht, mit entsprechenden Auswirkungen auf die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Auch diesbezüglich war dem Land Südtirol viel Glück und Erfolg beschieden: Dank einer guten Verwaltung, einer geschickten politischen Führung, auch dank der reichlich rückfließenden Steuermittel erfreut sich das Land eines wirtschaftlichen Wohlstandes, der länger als die sprichwörtlichen „sieben fetten Jahre“ angehalten hat. Südtirol ist laut dem EU-Statistikamt Eurostat die reichste Region Italiens und liegt auch im europäischen Durchschnitt im Spitzenfeld, nämlich an achter Stelle.

Das „Bestmögliche“

Vor 60 Jahren war das Urteil über den „Pariser Vertrag“ noch zwiespältig, die Bewertung war noch in den nachfolgenden Jahrzehnten unterschiedlich. Doch schon allein die Frage, was aus den Südtirolern geworden wäre, wenn es zu diesem Vertrag nicht gekommen wäre, brachte nach und nach die Kritiker des Vertrages zur Einsicht, dass das in ihren Augen Mangelhafte doch das „Bestmögliche“ war, was in Paris zu erreichen war. Dieses internationale Abkommen, so unvollkommen und brüchig es war und so oft es auch gebrochen wurde, war, ist und bleibt Anker und Faustpfand für Südtirol. ■



Die USA

und Südtirol

Wenn man im Prager Hauptbahnhof ankommt, stößt man in der Eingangshalle gleich auf eine große Statue des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, der für seinen Beitrag zur Unabhängigkeit der Tschechoslowakei nach dem Ersten Weltkrieg von den Tschechen immer noch als „Befreier“ gefeiert wird. Und in Südtirol?

In Innsbruck oder Bozen gibt es keine solchen Würdigungen für Wilson. Dort wird er verteufelt als der Staatsmann, der die Trennung Tirols im Jahre 1919 zu verantworten hat. Die folgenden Ausführungen versuchen, kurz die Rahmenbedingungen amerikanischer Nachkriegs-Geopolitik in den Jahren 1919 und 1946 darzustellen, die für den Zuschlag Südtirols im Jahre 1919 an Italien und die Beibehaltung der Brennergrenze 1946 verantwortlich waren.

Für Europäer ist der komplexe Prozess der Entstehung amerikanischer Außenpolitik in Washington meist schwer zu verstehen. In ihrer vielseitigen Unkenntnis des Labyrinths amerikanischer Entscheidungsfindungen, machen es sich viele einfach und argumentierten mittels Sündenböcken. Der amerikanische Normalbürger weiß aber auch nicht viel mehr über außenpolitischen Problemstellungen und ist vielleicht noch ignoranter als der europäische Durchschnittsbürger, da er weniger reist, kaum Fremdsprachen spricht, und sich für Außenpolitik nur am Rande interessiert (nur ca. 20 Prozent der Amerikaner beteiligen sich an außenpolitischen Debatten).

Wo ist Südtirol?

Nimmt man dann eine Frage wie das „Südtirolproblem“ nach 1918, so sprechen alle Vorzeichen dafür, von Washington und den Amerikanern total im Schatten der größeren US-Politik vis-à-vis Europa zu stehen, also überhaupt kein Thema, geschweige denn eine Priorität zu sein. Nach 25 Jahren Lehre europäischer (auch Tiroler) Geschichte, gehe ich davon aus, dass nur ein verschwindend kleiner Prozentsatz von Amerikanern, selbst solche mit abgeschlossenem Universitätsstudium, überhaupt wissen wo Südtirol geographisch liegt. Noch viel weniger vertraut sind sie mit der komplizierten Geschichte der Teilung Tirols nach 1918, sowie der „Autonomielösung“ nach dem Zweiten Weltkrieg.

Seit der Gründung der USA im Jahre 1776 ist das Land eher anti-österreichisch eingestellt. Das hat damit zu tun, dass das Kaiserreich Österreich der

Metternich-Ära bei den demokratischen Amerikanern als Inbegriff monarchischer Herrschaft und autoritärer Unterdrückung galt. Erst 1842 nahm Wien offizielle diplomatische Beziehungen mit Washington auf. Die Unterdrückung des Ungarnaufstandes 1848 sowie der italienische Freiheitskampf danach haben das amerikanische Vorurteil über die reaktionären Habsburger weiter bestätigt. Kossuth, Cavour und Garibaldi wurden in den USA als Freiheitshelden verehrt. Wenn Anglo-Amerikaner überhaupt im späteren 19. Jahrhundert im „Land im Gebirge“ auftauchten, dann waren es Bewunderer der Dolomiten, die dorthin zum Bergsteigen kamen; der eine oder andere kam auch auf Kur ins mondäne Meran. Während des Ersten Weltkrieges wurden in der öffentlichen amerikanischen Perzeption – durch Präsident Woodrow Wilsons Propagandakriegeger sogar noch

offiziell verstärkt – die Deutschen als die „Hunnen“ angesehen. Nach der Kriegserklärung an Deutschland (April 1917) und Österreich-Ungarn (Dezember 1917), kämpften die Amerikaner gegen die deutschen Armeen in Nordfrankreich, nicht aber gegen die Österreich-Ungarischen in Italien. Die Unabhängigkeitsbestrebungen der „unterdrückten“ Nationen im „Völkerkerker“ der Habsburgermonarchie wurden von Wilson tatkräftig unterstützt. Für Wilson waren die Österreicher die Verbündeten des gehassten arroganten deutschen Kaisers und die Italiener die Alliierten. Mehr Unabhängigkeit von den Deutschen und mehr „sacro egoismo“ hätten dem sich in den letzten Kriegsmonaten bereits auflösenden Habsburgerreich gut getan. Kaiser Karl versuchte zögerlich einen Sonderfrieden, scheiterte aber.

Wilson's 14 Punkte

Auf Grund dieser Konstellation waren die alliierten Friedensregelungen von Paris 1919 vorhersehbar. Für den auf Grund seines Friedensprogramms der „14 Punkte“ quasi-„Vorsitzenden“ Präsidenten Wilson, war zwar allgemein die „Selbstbestimmung“ (self determination) der Völker und im konkreten eine „ethnische“ Lösung der österreichisch-italienischen Grenze vorgesehen. Wilson hatte auch akademische Berater aus seiner Studiengruppe „The Inquiry“, die bereits während des Krieges Territorialfragen, u.a. auch um Südtirol, versuchten zu klären, und die für eine „ethnische“ Grenzziehung entlang der Salurner Klausur eintraten. Diese wurden jedoch von geopolitischen Überlegungen übertrumpft, auf die Wilson immer mehr gezwungen war, Rücksicht zu nehmen. Ob es nun die Österreicher und Tiroler wahrhaben wollten oder nicht, Italien war eine „Siegermacht“. Da Italiens Ministerpräsident Vittorio Emanuele Orlando und den Italienern nicht alle territorialen Wünsche an der Adria zugestanden wurden (Istrien, Fiume), machte man ihnen am Brenner großzügigere Konzessionen, um sie nicht ganz vor den Kopf zu stoßen.

In Bezug auf Südtirol war die geopolitische Situation auch nach dem Zweiten Weltkrieg ganz ähnlich gelagert. Wiederum hatten die zynischen Italiener früh genug die Seiten gewechselt und standen deshalb 1945 – selbst als vormaliger „Satellit“ Hitlers – nicht so schlecht da. Wie der Historiker Gerald Steinacher nachgewiesen hat, war man in Washington gut informiert und unter den zahlreichen amerikanischen Geheimdienst-

leuten in Italien und Südtirol gab es durchaus auch Sympathien für Grenzkorrekturen.

Schreckgespenst Kommunismus

In Washington machte man sich jedoch bald nach dem Krieg über die Ausbreitung des Kommunismus mehr Sorgen als um „gerechte“ Grenzziehungen in Europa. Eine Korrektur der Brennergrenze war eigentlich zu keinem Zeitpunkt eine realistische Option in



Am Prager Bahnhof steht ein Denkmal des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson. Nach dem Ersten Weltkrieg hat er die Selbstbestimmung der Völker proklamiert. Die Tschechen feiern ihn als Befreier, in Südtirol wird er als der Staatsmann verteufelt, der für die Zerreißen Tirols verantwortlich ist.

der Prioritätenliste amerikanischer Außenpolitik nach dem Krieg. Sicher, es gab unter den Amerikanern Sympathisanten für die Südtiroler – vom Diplomaten James Riddleberger, bis hin zu Außenminister James Byrnes und Präsident Harry Truman; in den Friedensverhandlungen mit Italien in Paris war es aber wiederum geopolitisch näherliegend, Rom zumindest am Brenner zu befriedigen, nachdem ihm die Kolonien weggenommen und an der Adria auch keine Zugeständnisse (Istrien, Triest) gemacht wurden.

Man soll auch nicht vergessen, dass in der amerikanischen Bevölkerung und unter den US-Soldaten sehr wohl bekannt war, dass viele Österreicher sich tapfer in Hitlers Wehrmacht geschlagen hatten und auch führend am Holocaust beteiligt gewesen waren – dass es auch viele Nazis unter den Südtirolern gab, war (und ist immer noch)

weniger bekannt. Solchen Österreichern (Kurt Waldheim ging im September 1946 als Karl Grubers Sekretär mit nach Paris) ein „Geschenk am Brenner“ zu machen und damit Italien im Kampf gegen den internationalen und heimischen Kommunismus zu schwächen, war wohl nicht in den Karten. Rolf Steininger hatte schon 1987 in seinem „Klassiker“ zum Gruber-Degasperi-Abkommen richtig festgehalten: „Nicht Österreich oder Italien hatten über die Brennergrenze zu entscheiden, sondern die Alliierten. Und die hatten letztlich kein Interesse an einer Grenzveränderung.“ (Vorwort zum Nachdruck 2006)

Zudem ist zu bedenken, dass amerikanische Außenpolitik mehr der öffentlichen Meinungsbildung durch „Lobbies“ unterworfen ist, als man in Europa gewohnt ist. Seit dem späten 19. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg gab es einen millionenfachen massiven italienischen Einwanderungsstrom in die USA. Diese Italo-Amerikaner assimilierten sich in den nächsten zwei Generationen in den amerikanischen „mainstream“, gingen selbst in die Politik, gründeten italo-amerikanische Vereine und Organisationen und waren 1945 bereits in einer losen „Lobby“ organisiert, die sich in Grenzfragen wie Südtirol für ihre alte Heimat bei der Regierung in Washington einsetzten. Nicht umsonst erhielt Italien massive Marshall-Plan Hilfe. Inwieweit diese „Lobby“ im Detail die Südtirolpolitik der Trumanregierung beeinflusste, wäre von der Forschung noch zu untersuchen, genauso wie es zu Wilsons Südtirolpolitik noch keine verlässliche monographische Studie gibt.

Keine „Lobby“ für Südtirol

Es gab und gibt jedenfalls keine „Österreich“- oder „Tirol“-Lobbies, die sich in Washington für eine gerechte ethnische Grenzziehung in Südtirol eingesetzt hätten. Die Österreicher gelten in der amerikanischen Einwanderungsgeschichte als „quiet invaders“, die sich rasch assimilierten und sich nicht länger um die Belange ihrer alten Heimat kümmerten.

Grenzkorrekturen ließen die Vorzeichen des ausbrechenden Kalten Krieges in Paris nicht zu. Danach hatte die Supermacht USA kein Interesse mehr am kleinen Südtirol – auch nicht an der Einhaltung des „Gruber-Degasperi-Abkommens“, denn Italien war ein NATO-Bündnispartner und Österreich

hatte sich in die Neutralität begeben - so mancher Militär und Politiker in Washington meinte sogar in einen Moskau-freundlichen Neutralismus - und war somit nur bedingt in der Lage eine „Schutzmachtrolle“ für Südtirol auszuüben. Gibt es heute mehr Kenntnisse im amerikanischen Volk zur „Südtirolproblematik“, als dies 1919 oder

1945 der Fall war? Im Allgemeinen eher nicht, punktuell jedoch schon. Die University of New Orleans (UNO) unterhält seit 30 Jahren eine Sommerschule in Innsbruck und schickt regelmäßig Gruppen von 30 bis 50 Studenten und Professoren auf ein Wochenende zu Exkursionen nach Südtirol. Ich selber habe diese Exkursion im Rahmen einer Vorlesung zur Tiroler Geschichte 1982 initiiert. Dabei wurde die Teilung von 1919, das Abkommen von 1946 und das Paket samt Operationskalender von 1969 intensiv diskutiert, in den 1980er Jahren sogar mit Zeitzeugen wie Friedl Volgger. Auf Schloss Brunnenburg bei Meran gibt es seit Jahren UNO-Programme für Ethnologie und Dichtung, wobei die Gastgeber Mary und Siegfried de Rachewiltz den jungen Amerikanern die Südtiroler Kultur und Grenzlage mit profunder Kenntnis näher bringen.

Dutzende von Südtiroler Studenten kommen seit vielen Jahren über Austauschprogramme der Universität Innsbruck nach New Orleans, erzählen hier ihre persönlichen Geschichten und erwecken damit Interesse an Südtirol.

Geschichte Südtirols für Amerikaner

Der Innsbrucker Zeitgeschichte-Ordinarius und Südtirol-Experte Rolf Steininger bringt regelmässig die Studenten im UNO-„Academic Year Abroad“-Jahresprogramm in Innsbruck auf intensive Exkursionen nach Südtirol. Steiningers kleine Geschichte Südtirols im 20. Jahrhundert ist mit der Vermitt-

lung des UNO-CenterAustria in englischer Übersetzung erschienen. Damit steht für amerikanische Klassenzimmer zum ersten Mal eine wissenschaftlich fundierte „South Tyrol“-Geschichte zur Verfügung. Das Buch wurde in der Elitezeitschrift „New York Review of Books“ ausführlich rezensiert und gelangte so in den Mainstream amerikanischer Meinungsbildung. Meinungsführende Zeitungen wie die „Washington Post“ widmen sich heutzutage in langen Artikeln der faszinierenden kulturellen Grenz- und Gemischlage von Bozen („Bolzano: German or Italian? Yes“, „Washington Post“, 9. 4. 2006), was früher selten der Fall war.

Obwohl solche Studienbesuche von Amerikanern und Presseberichte in den amerikanischen Medien von der Politik in Südtirol noch nicht registriert worden sind, wird Südtirol mittels solch langfristiger Programme und Medienberichterstattung auf

Was der Bauer nicht kennt, das isst er nicht, lautet ein Südtiroler Sprichwort. Die Kenntnis der jeweiligen Lebenswelt ist beim Südtiroler wie beim Gast aus Amerika noch ausbaufähig.



J. Penner



der „mentalen Landkarte“ von vielen Amerikanern langsam festgeschrieben. Südtiroler, die über UNO Programme nach New Orleans gekommen sind, heiraten Amerikaner. Vielleicht bildet sich so eines Tages eine kleine „Südtirol“-Lobby in den USA. Die Südtirol-Lösung ist zu Recht zu einem Modellfall ethnischer Konfliktbereinigung geworden. Für Grenzberichtigungen ist es

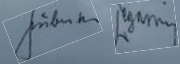
aber längst zu spät, sie sind in einem sich einigenden Europa auch kein Thema mehr. 60 Jahre nach dem Guber-Degasperi-Abkommen kann es also nur noch besser werden mit der Registrierung Südtirols/Provincia di Bolzano in den Köpfen der Amerikaner. Eine solche „globalisierte“ Perzeption Südtirols ist eine wichtige Wende. ■

Günter Bischof

DER AUTOR

Günter Bischof

Günter Bischof, geb. 1953 in Mellau/Voralberg, hat in Innsbruck Geschichte und Englisch studiert und an der Harvard Universität über amerikanische Diplomatiegeschichte dissertiert. Er ist Professor für amerikanische Geschichte und Vorstand des Geschichtsinstituts an der Universität von New Orleans und auch Direktor des dortigen CenterAustria.



Die Gesellschaft verändert sich, die Autonomie auch

Am 11. Juni 1992 ist der Streit um die Südtirol-Autonomie zwischen Österreich und Italien formell beigelegt worden. Das heißt allerdings nicht, dass damals unsere Autonomie-Regelung in Stein gemeißelt, ein für allemal definiert worden wäre. Vielmehr gilt für die Südtirol-Autonomie der Grundsatz, dass sie eine dynamische ist - die Gesellschaft verändert sich, also tut dies auch das Grundgesetz, das sie regelt.

Allein seit dem für Südtirol historischen Jahr 1992 hat die Autonomie unseres Landes demnach zahlreiche Änderungen und Anpassungen erfahren. Erweiterungen allemal, denn ist ein Rückfall hinter die Vereinbarungen von 1948, 1972 und 1992 - der internationalen Absicherung durch den Pariser Vertrag sei Dank - nicht möglich. Dass das Schlagwort der „dynamischen Autonomie“ kein solches bleibt, sondern auch in der Praxis seine Bestätigung erfährt, dafür werden bereits ein Jahr nach der Abgabe der Streitbeilegungserklärung die institutionellen Weichen gestellt: in Rom wird die im Paket vorgesehene „Achter-Kommission“ ins Leben gerufen, die über die Rechte der Sprachminderheiten wacht. Sie ist es aber auch, die sich mit der Anpassung und dem Ausbau der Autonomie zu befassen

hat. Und ebenfalls 1993 werden bereits die ersten konkreten Schritte in Sachen Ausbau der Autonomie gesetzt. So wurden in diesem Jahr beispielsweise die deutsche und die italienische Sprache vor Gericht oder bei der Polizei gleichgestellt, was so viel heißt, dass einem deutschsprachigen Südtiroler heute ein Gerichtsprozess in seiner Muttersprache zusteht.

2001: Region verliert ihre Vorrangstellung

Ein aus politischer und administrativer Sicht wesentlich weiter reichender Schritt wird dagegen im Jahre 2000 gesetzt, genauer: am 25. Oktober 2000, als das römische Parlament das Verfassungsgesetz ändert, mit dem das Zweite Autonomiestatut

in den italienischen Rechtskanon aufgenommen worden ist. Es ist eine Gesetzesänderung, die dem Schlagwort der dynamischen Autonomie gerecht wird, nimmt sie doch eine über die Jahre gewachsene Entwicklung auf und kleidet sie in eine neue rechtliche Regelung: den Bedeutungsverlust der Region.

Bereits lange Jahre vor der Jahrtausendwende hat sich abgezeichnet, dass die Region - geschaffen als politisches Instrument, das die Lebensbedingungen kaum widerspiegelt hat - gegenüber den beiden Ländern Südtirol und Trentino zurücksteht, dass es in der Praxis die beiden Länder sind, die die politischen Geschicke lenken. Und so steht seit der Änderung des Autonomiestatuts im Jahr 2000, die im Februar 2001 in Kraft getreten ist, nicht mehr die Region im

Mittelpunkt der administrativen Aufmerksamkeit, sondern die beiden Länder.

Damit einher geht die Autonomie der Landtage gegenüber dem Regionalrat, aus dem sie nicht wie bis dahin hervorgehen, sondern den sie nun gemeinsam bilden. Damit einher geht außerdem die eigenständige Entscheidung über die Regierungsform in den beiden Ländern, die Entscheidung also etwa darüber, ob der Landeshauptmann direkt vom Volk gewählt werden soll.

Rein rechtlich gesehen, fußen all diese Bestimmungen auf einer Änderung des Verfassungsgesetzes zum Zweiten Autonomiestatut. Manch einer der Experten hat diese Änderungen allerdings als so weit reichend eingestuft, dass vom „Dritten Autonomiestatut“ die Rede war.

Neue gesetzgeberische Freiheiten

Dass die Autonomie Südtirols nichts Unbewegliches ist, sie vielmehr zahlreichen Einflüssen ausgesetzt ist, zeigt sich im Frühjahr 2001 gleich ein zweites Mal. Mit der Reform des V. Titels des zweiten Teils der italienischen Verfassung – landläufig als „Föderalismusreform“ bezeichnet – ist der italienische Staatsaufbau buchstäblich auf den Kopf gestellt worden. Gingen bis dahin Regionen, Provinzen und Gemeinden aus dem Staat hervor, so definiert der neue Artikel 114 der Verfassung, dass sich die Republik aus Gemeinden, Provinzen, Städten, Regionen und dem Staat zusammensetzt, sozusagen also von unten nach oben wächst.

Die Änderung hat auch mit sich gebracht, dass in der Verfassung ein eigent-

lich für Bundesstaaten übliches Prinzip in die Verfassung aufgenommen worden ist. Seit 2001 werden nämlich nicht mehr die Gesetzgebungsbereiche der Regionen in der Verfassung aufgezählt, sondern – wenn auch nach wie vor sehr weit gefasst – jene des Staates, während den Regionen der (nicht angeführte) Rest an Kompetenzen verbleibt. Für Südtirol bedeutete diese Neuverteilung in erster Linie, dass das Land seit damals in einigen wichtigen Bereichen (Handel, Förderung der Industrie, Lehrlingswesen) primäre und nicht mehr nur sekundäre Zuständigkeiten hat.

Noch wichtiger ist, dass der Landtag seit Inkrafttreten dieser Neuregelung im Gesetzgebungsprozess keiner staatlichen Kontrolle mehr unterliegt. Bis dahin musste jedes Landesgesetz vom Regierungskommissar als Vertreter der römischen Regierung in Bozen unter die Lupe genommen und mit dem Sichtvermerk versehen werden. Seit 2001 gibt es diese präventive Kontrolle nicht mehr. Will die Regierung ein Landesgesetz zu Fall bringen, bleibt ihr nur der Weg vor den Verfassungsgerichtshof.

Durchaus ebenfalls von Bedeutung, wenn auch in erster Linie von symbolischer, ist die Tatsache, dass mit der 2001er Reform der Verfassung erstmals die Bezeichnung „Südtirol“ Verfassungsrang erhält, die Region nun also offiziell „Trentino-Alto Adige/Südtirol“ heißt.

Die Autonomie wächst

Die Dynamik der Autonomie zeigt sich im Übrigen nicht nur auf der großen verfas-



Landeshauptmann Luis Durnwalder legt bei der Grundsteinlegung der Universität in Brixen selbst Hand an.

sungsrechtlichen Bühne, sondern auch im gesetzgeberischen Alltag. Getreu dem Motto der Subsidiarität, wonach der übergeordnete Bereich nur Aufgaben übernehmen soll, die der nächst kleinere nicht zu übernehmen imstande ist, sind in den letzten rund 15 Jahren etliche administrative Befugnisse dem Land übertragen worden: Die Arbeits- und Motorisierungsämter sind zwei Beispiele, die Universität oder die Energie zwei weitere.

Die Autonomie-Regelung Südtirols ist demnach nichts ein für allemal Feststehendes, nichts Totes, sondern ein organisches Miteinander von Regeln, das mit der Veränderung der Gesellschaft wächst und sich anpasst.

Klar ist auch, dass die Autonomie kein Sonderrecht in dem Sinne darstellt, dass man anderen Regionen, anderen Ländern etwas wegnehmen möchte. Vielmehr ist die Autonomie – und dies wird auch Landeshauptmann Luis Durnwalder nicht müde zu betonen – die Fähigkeit einer Gemeinschaft, Regeln zu schaffen und sich selbst zu verwalten – möglichst im Sinne aller, die in Südtirol leben. ■



Ohne technische Hilfsmittel wäre modernen Massentourismus nicht möglich: Blick von der Seiser Alm-Umlaufbahn auf den Schlern.

Zurück in die Zukunft?

Offt muss man, um nach vorne zu sehen, zuerst einen Blick in die Vergangenheit werfen

Sechzig Jahre nach der Unterzeichnung des Pariser Vertrags muss man ehrlich zugeben, dass große Schritte in die von diesem Dokument vorgegebene Richtung gemacht worden sind. Andererseits muss man sich auch der vielen Dinge bewusst sein, die noch zu tun sind, um diesem Vertrag einen vollendeten Sinn geben und seinen Geist verwirklichen zu können. Die Errungenschaften des Pariser Vertrags sind auf der Ebene der Gesetzesbestimmungen und der Autonomieentwicklung sehr weit fortgeschritten. Was die kulturelle Entwicklung und die Beziehungen zwischen den Sprachgruppen betrifft, bestehen hingegen weiterhin Mängel und Unzulänglichkeiten, die manchmal Aufsehen erregend und verblüffend sein können.

Gleich eingangs sei erwähnt, dass der Pariser Vertrag beim Durchlesen noch heute nicht nur aktuell sondern auch sehr weitblickend wirkt. Ein Beispiel dafür ist Artikel 3. Sind da nicht etwa einige Voraussetzungen für die Entstehung des neuen Europas bereits vorgezeichnet – und dabei sind wir erst im Jahre 1946? Hier geht es natürlich um die Beziehungen zwischen zwei bestimmten Staaten, aber es sind Themen, die den Weg in die EU begleiten werden: Anerkennung der entsprechenden Schul- und Universitätssysteme, grenzüberschreitender Austausch, freier Personen- und Güterverkehr. Schon damals also, im Jahre 1946, begann der Grenzbegriff an sich – zumindest in den aufgeklärtesten Köpfen – unzeitgemäße Züge anzunehmen. Am meisten überrascht im besagten Artikel 3 die Bestimmung, wonach die gesamte Frage der Option und ihrer Folgen neu geregelt werden muss. Was wir heutzutage als eine Selbstverständlichkeit betrachten, war im Jahr 1946 etwas Unerhörtes. Millionen deutschsprachiger Bürger wurden in diesen Jahren ohne viele Umschweife aus ihren Wohngebieten verstoßen, was eine tiefe und heute noch nicht ganz verheilte Wunde verursacht hat. Bereits damals gaben Gruber und Degasperi – ab-

gesehen von den nachträglichen diplomatischen Auslegungen – zu, dass eine Situation wie die Südtirols (sowie ganz allgemein die Frage des Zusammenlebens verschiedener Volksgruppen) keine staatsinterne Angelegenheit ist, sondern viele Elemente von gemeinsamem Interesse (und von gemeinsamer Verantwortung) enthält.

Sehr aktuell ist auch Artikel 1. Darin wird die volle Gleichberechtigung zwischen den Sprachgruppen Südtirols festgelegt. Die Rechte, welche die italienischsprachigen Einwohner genießen – so der Wortlaut des oben genannten Artikels – stehen auch den deutschsprachigen Einwohnern zu. Und, würden wir heute hinzufügen, auch den ladinischen Einwohnern. Es liegt auf der Hand, dass dasselbe auch umgekehrt gilt. Heute könnte man diesen Artikel wie folgt umschreiben: Personen, die zu Minderheiten oder zu sozial, wirtschaftlich und politisch schwächeren Gruppen gehören, „genießen die volle Gleichberechtigung“ mit den Personen, die zur dominierenden Gruppe gehören.

Gleichberechtigung

Insbesondere werden im Vertrag folgende Rechte festgelegt: Schulunterricht in der eigenen Muttersprache, Gleichberechtigung der Sprachen im öffentlichen Leben, das Recht auf Wiederherstellung italienisierter

deutscher Familiennamen, Gleichberechtigung bei der Aufnahme in öffentliche Ämter. Außerdem umfasst diese Liste von Rechten – und das wird oft vergessen – auch das Recht auf „zweisprachige Ortsnamen“. Hier geht es ebenfalls um eine Frage, die die gegenseitige Anerkennung der jeweiligen Orts- und Straßennamen voraussetzt, unabhängig von deren Ursprung. Mehr noch: Es geht hier um nichts weniger als unsere Bereitschaft, das Recht des anderen auf eine eigene „kulturelle Existenz“ anzuerkennen.

Anerkennung der Ortsnamen

Andere Bestimmungen des Vertrages sind sogar noch aktueller und weitsichtiger. Stets unter Artikel 1 wird festgelegt, dass die oben genannten Rechte im Rahmen besonderer Maßnahmen „zum Schutze der volklichen Eigenart und der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung der deutschen Sprachgruppe“ sichergestellt werden müssen. Es ist an dieser Stelle hervorzuheben, dass diese Bestimmung den Schutz des kulturellen und „ethnischen Charakters“ der deutschen Sprachgruppe und nicht – wie es manchmal den Anschein hat – des „ethnischen Charakters“ des Landes bezweckt. Das Land ist als solches nicht ethnisch gekennzeichnet, und noch weniger ist es die Autonomie. Dabei ist anzumerken, dass die Autonomie schon



J. Penner

seit 1946 nicht für eine Sprachgruppe allein bestimmt war (vgl. Artikel 2). Vielmehr wurde sie der gesamten „Bevölkerung obiger Gebiete“ gewährt. Mit anderen Worten versteht sich die Autonomie von Beginn an als territoriale Autonomie und als gemeinsames Gut der Bevölkerung (oder „der Bevölkerungen“).

Autonomie für alle

Wenn man von Südtirol im italienischen Staat und von den zukünftigen Beziehungen zwischen Bozen und Rom spricht, ist gerade dies der Punkt, von dem man ausgehen muss. Vorerst geht es also darum, das Missverständnis aus dem Weg zu räumen, wonach das Land die deutsche Sprachgruppe und der Staat hingegen die italienische Sprachgruppe schütze. Diese Auslegung entspricht weder dem Wortlaut noch dem Geist des Pariser Vertrages. Wohl stimmt es, dass die unterzeichnenden Vertragspartner, Gruber und Degasperi, eine Dialektik zwischen Staat und Land (oder Region) voraussetzten. Und genauso trifft es zu, dass sie die Einmischung eines zentralistischen Staats befürchteten. Die beiden Staatsmänner wollten aber schon damals die Voraussetzungen für die Entstehung eines volksgruppenübergreifenden autonomistischen Bündnisses bilden, das die besonderen Zuständigkeiten der Provinz/Region geltend machen konnte. Darin liegt auch der Grund für die umstrittene Einfügung des Trentino in den autonomistischen „Rahmen“. Nach Meinung ihrer Väter wäre die Autonomie durch Trentiner und Südtiroler gemeinsam besser verteidigt worden als durch die Südtiroler im Alleingang; in diesem Fall hätte zudem die Gefahr bestanden, dass sich aus der Autonomiefrage ein Streitfall mit ethnisch-nationalistischer Färbung statt eines für den gesamten Staat nützlichen institutionellen Fortschritts entwickelt hätte. Leider ist jedoch anzumerken, dass die „Söhne“ nicht immer auf der Höhe der „Väter“ waren. Nationalismen, Vergeltungssucht,

Ethnozentrismus, Parteiinteressen sowie die Flucht nach vorne (oder nach hinten) haben die Entstehung einer gemeinsamen autonomiefreundlichen politischen Kultur verhindert. Das ist der Punkt, an dem noch viel gearbeitet werden muss.

Da Südtirol nicht mehr nur das Bindeglied zwischen der deutschsprachigen und der italienischen Welt, sondern vielmehr eine Schnittstelle zwischen dem nach Afrika gerichteten Mittelmeergebiet und dem europäischen Nordosten darstellt, kann man davon ausgehen, dass sich die zukünftigen Beziehungen zwischen Bozen und Rom nach gegenseitigen Interessen ausrichten müssen. Im Übrigen kann man eine immer stärkere Teilnahme der Vertreter der lokalen Führungsschicht am nationalen (und europäischen) Geschehen beobachten. Umgekehrt zeigen immer mehr Frauen und Männer, die auf nationaler Ebene tätig sind und von der Südtiroler Situation wahre Kenntnis haben, Interesse und Sympathie für die Autonomie und ihr Entwicklungspotential.

Allein schon das Bewusstsein, dass sich das „Gemeinwohl“ nie gegen jemanden richten kann, würde schließlich ausreichen um die Notwendigkeit eines „gemeinsamen Einsatzes“ zu begreifen, der bei allem Respekt vor den Unterschieden und vor den verschie-

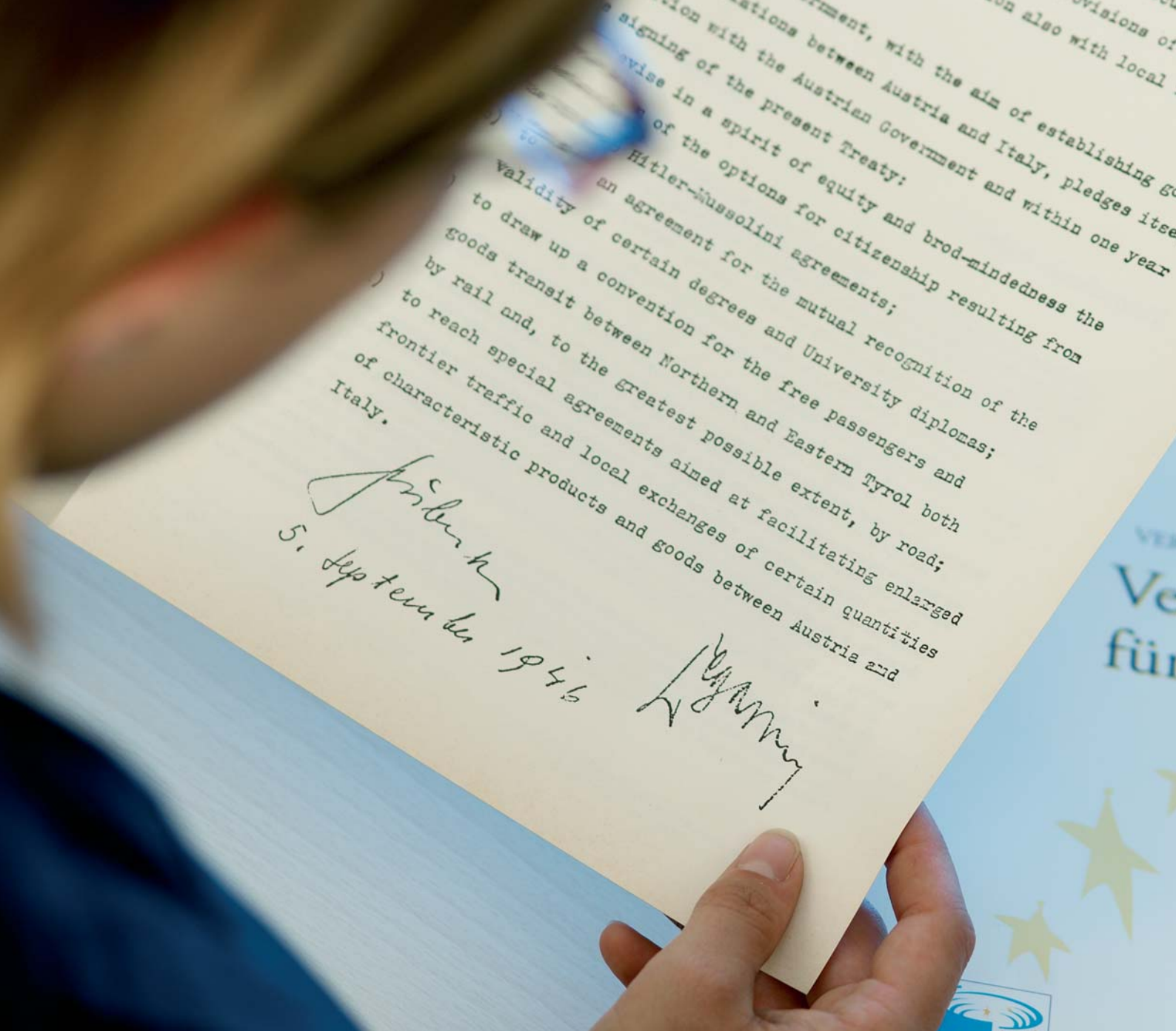
denen Zuständigkeiten, auf einer gemeinsamen Verantwortung beruht. ■

Paolo Valente

DER AUTOR

Paolo Valente

Paolo Valente, geboren 1966 in Meran, ist Journalist und Schriftsteller. Valente war Chefredakteur der Wochenzeitschrift „Il Segno“ und hat zahlreiche Abhandlungen zur Südtiroler Geschichte veröffentlicht.



Mit dem Pariser Vertrag in die Zukunft

Südtirol ist keine rein inneritalienische Angelegenheit, dafür hat der Pariser Vertrag gesorgt. Österreich wird mit ihm zur Schutzmacht, Südtirol zu einer bilateralen Angelegenheit. Ist der Pariser Vertrag mit dem EU-Beitritt Österreichs aber Schnee von gestern? Übernimmt nun die EU den Schutz der Südtiroler? Weder noch: der Vertrag ist so wichtig wie eh und je.

Am 5. September 1946 haben die Außenminister Österreichs und Italiens, Karl Gruber und Alcide De Gasperi, in Paris ein Abkommen zum Schutz der deutschsprachigen Bevölkerung in Südtirol unterzeichnet. Der Pariser Vertrag ist zum Zeitpunkt seiner Unterzeichnung sowohl in

Südtirol als auch in Österreich als inhaltlich dürftig und als unzureichende Alternative gegenüber der Selbstbestimmungsoption auf massiven Widerstand gestoßen. Seither sind 60 Jahre vergangen.

In dieser Zeit hat das Vertragswerk eine ungeahnte Dynamik entwickelt und ist zu

wohl das Sonderstatut der Region Trentino-Südtirol als auch eine Liste der Durchführungsakte der Maßnahmen zugunsten der Südtiroler Bevölkerungsgruppen. Erst nach Überprüfung derselben gab Österreich am 19. Juni 1992 die Streitbeilegungserklärung ab und beendete damit – unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die von Italien übermittelten Durchführungsakte – den im Jahre 1960 vor den Vereinten Nationen eröffneten Streit über die Durchführung des Pariser Vertrages.

Daneben bildet der Pariser Vertrag die rechtliche Grundlage der Schutzfunktion Österreichs. Österreich kann als Vertragspartei des Abkommens von Italien die Erfüllung der darin übernommenen Verpflichtungen verlangen und deren Einhaltung überwachen. Entsprechende Schritte Österreichs sind völkerrechtlich gedeckt und stellen keine verbotene Einmischung in interne Angelegenheiten Italiens dar. Von dieser Schutzfunktion hat Österreich in den vergangenen 60 Jahren mehrfach – und mit Erfolg – Gebrauch gemacht.

Schutzfunktion Österreichs

Mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union am 1. Jänner 1995 sind beide Vertragsparteien des Pariser Vertrages als EU-Mitgliedstaaten näher zusammenge-

rückt. Dennoch sind der Pariser Vertrag und das Paket als spätere Praxis dazu nicht obsolet geworden. Vielmehr kommt den darin enthaltenen Bestimmungen zum Schutz der in Südtirol lebenden Volksgruppen nach wie vor besondere Bedeutung zu. Das EU-Recht beinhaltet beim derzeitigen Stand nämlich kein spezifisches Minderheitenschutzregime. Auch die Schutzfunktion Österreichs hat nach dessen Beitritt zur Europäischen Union ihre Bedeutung nicht verloren. Dies ergibt sich schon daraus, dass der Pariser Vertrag mit dem Paket als späterer Praxis nach wie vor gilt und es daher auf Österreich als Vertragspartei ankommt, von Italien die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen zu verlangen und deren Einhaltung zu kontrollieren. Österreich kann als EU-Mitgliedstaat vom EU-Mitgliedstaat Italien die Einhaltung des Pariser Vertrages und der Paket-Maßnahmen allerdings nur noch insoweit einfordern, als die darin normierten Verpflichtungen Italiens mit dem EU-Recht vereinbar sind. Das EU-Recht geht nämlich dem Pariser Vertrag und dem Paket vor. So kann Österreich von Italien zwar die Einhaltung des ethnischen Proporz und die Durchführung einer dafür notwendigen Sprachgruppenerhebung verlangen, beide Schutzmechanismen müssen aber mit dem EU-Recht vereinbar sein. Demnach kann Österreich weder das Vorrangrecht der Pro-

einer Magna Charta der in Südtirol lebenden Volksgruppen geworden.

Der Pariser Vertrag bildet – zusammen mit den 137 Paket-Maßnahmen des Jahres 1969 – die völkerrechtliche Grundlage der Sonderautonomie Südtirols. Diese ist daher nicht nur verfassungsrechtlich verankert, sondern auch international – gegenüber dem Vertragsstaat Österreich – abgesichert. Dem folgend führte der Verfassungsgerichtshof im Jahr 1989 in seinem Urteil Nr 242/1989 aus, dass die Autonomie der Region Trentino-Südtirol im Allgemeinen und jene der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol im Besondern auf das Gruber-Degasperi-Abkommen zurückzuführen sei. Drei Jahre später, am 22. April 1992, übermittelte Italien mit einer Verbalnote Österreich so-





vinzansässigen noch die Beschränkung der Sprachgruppenerhebung auf italienische Staatsbürger einfordern. Ebenso kann Österreich von Italien die Durchführung des Unterrichts in den Grund- und Sekundarschulen in der Muttersprache der Schüler verlangen. Nicht mehr einfordern kann Österreich allerdings, dass der Unterricht nur von Lehrkräften erteilt werden darf, für welche die betreffende Sprache auch Muttersprache ist. EU-rechtlich dürfen nämlich zwar sehr gute Kenntnisse der Unterrichtssprache, nicht aber die Muttersprache ge-

fordert werden. Der am 29. Oktober 2004 in Rom unterzeichnete Vertrag über eine Verfassung für Europa wird mit seinem In-Kraft-Treten neue Bestimmungen zum Schutz von Minderheiten bringen. So zählt die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören, zu den Werten der Union. Eine Verletzung dieser Werte durch einen Mitgliedstaat kann mit der Aussetzung bestimmter mit der Zugehörigkeit zur Union verbundener Rechte sanktioniert werden.

Auch in Zukunft wichtig

Ergänzend dazu werden Diskriminierungen wegen der ethnischen Herkunft oder der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit verboten. Damit wird EU-weit ein Mindeststandard an Minderheitenschutz verbindlich festgeschrieben. Dieser bleibt allerdings inhaltlich weit hinter dem in Südtirol erreichten Schutzstandard zurück. Aus diesem Grund werden der Pariser Vertrag und das Paket auch nach dem – derzeit noch unsicheren – In-Kraft-Treten der Verfassung für Europa ihre besondere Bedeutung für Südtirol behalten. Dasselbe gilt für die auf den Pariser Vertrag gestützte Schutzfunktion Österreichs. Die Gleichheit der Mitgliedstaaten vor der Verfassung für Europa steht dieser Funktion nicht entgegen. ■

Walter Obwexer

DER AUTOR

Walter Obwexer

Geboren 1965 in Südtirol, Assistenz-Professor am Institut für Europarecht und Völkerrecht der Universität Innsbruck, Mitglied des „EU-Beirates“ der Österreichischen Bundesregierung und Berater der Südtiroler Landesregierung in EU-Fragen.



Literatur zum Pariser Vertrag



Conze, Eckart
Gustavo, Corni
Paolo, Pombeni (Hrsg.):

**Alcide De Gasperi:
Un percorso europeo**
Bologna 2005



Gruber, Karl:

**Meine Partei ist
Österreich**

Privates und
Diplomatisches
Wien 1988



Region Trentino-
Südtirol (Hrsg.):

**Vom internationa-
len Konflikt zum
gemeinsamen
Einsatz für Europa**

50 Jahre Gruber-
Degasperi-Abkommen
Trient 1994



Delle Donne, Giorgio
(Hrsg.):

**A 50 anni
dall'accordo
Degasperi-Gruber**

Bozen 1999



Heiss, Hans/Pfeifer,
Gustav (Hrsg.):

**Südtirol -
Stunde Null?**

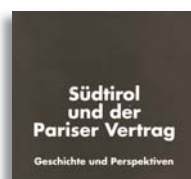
Kriegsende
1945 - 1946
Innsbruck 2000



Regione Trentino-
Alto Adige (Hrsg.):

**Da un conflitto
internazionale
a un comune
impegno europeo**

A cinquant'anni
dall'Accordo
Degasperi-Gruber
Trento 1994



Erhard, Benedikt:

**Südtirol und der
Pariser Vertrag**

Geschichte und
Perspektiven
Innsbruck 1988



Piccoli,
Paolo/Vadagnini,
Armando:

**Degasperi,
un trentino nella
storia d'Europa**

Trento 1992



Stadlmayer, Viktoria:

**Kein Kleingeld im
Länderschacher**

Südtirol, Triest und
Alcide Degasperi
1945/1946, 2. Auflage
Innsbruck 2004



Gehler, Michael (Hrsg.):

**Verspielte
Selbstbestimmung?**

Die Südtirolfrage
1945/46 in US-Geheim-
dienstberichten und
österreichischen Akten,
Innsbruck 1996



Piccoli,
Paolo/Vadagnini,
Armando:

**Il cammino
dell'autonomia
nei progetti per
lo statuto speciale
del 1948**

Trento 1988



Magnago, Silvius:

**30 Jahre
Pariser Vertrag**

Bozen 1976



Steininger, Rolf:

Los von Rom?

Die Südtirolfrage
1945/46 und das
Gruber-De Gasperi-
Abkommen,
Nachdruck mit
neuem Vorwort
Innsbruck 2006

IMPRESSUM

Herausgeber: Südtiroler Landesregierung
Schriftleitung: Presseamt der Südtiroler Landesregierung
Verantwortlicher Direktor: Franz Volgger
Koordination und Konzeption dieser Ausgabe:
Thomas Ohnwein
Grafik: Friedl Raffener, Karin von Elzenbaum
Redaktion: Silvana Amistadi Sagnella, Martina
Giovanna Chiarani, Paolo Ferrari, Franco Grigoletto,
Thomas Ohnwein, J. Christian Rainer, Angelika Schrott,
Johanna Christine Wörndle Vegni
Wissenschaftliche Beratung: Andrea Di Michele
Autoren: Andrea Di Michele, Gerald Steinacher,
Georg Mischi, Stefan Lechner, Paolo Magagnotti, Claudio
Quaranta, Günter Bischof, Walter Obwexer, Paolo Valente
Übersetzung der Autorentexte: Congress Service
(Cristina Fraenkel, Evi Dalcomune, Francesca Bullo)
Ladinische Texte: Ladinisches Pädagogisches Institut (Erna Flöss),
Amt für Ladinische Kultur und Schule (Barbara Perathoner)
Redaktionssekretariat: Margit Adami Gallo,
Claudia Ladurner, Renata Lana Pomaro,
Marika Perathoner Dal Bosco, Karin Putzer Zozin,
Loredana Trentini Boga, Monica Biscaro Dall'Aglio

© LPA: Die Verwendung von Texten und Bildern aus der
Monatsschrift „Das Land Südtirol“ für nicht auf Gewinn
ausgerichtete Zwecke ist nach Rücksprache mit der
Redaktion möglich.

della Prov. di Bologna
ed è rivolta a presidiare
& tedesca della prov. di Tre

1. Ai cittadini di lingua tedesca di
~~viene~~
~~non~~ garantita una completa parità
di diritto coi cittadini di lingua italiana.
In conformità a provvedimenti già
presi o in corso di attuazione ^{gli stessi}
godranno in particolare:

- a) ^{l'insegnamento [l'istruzione]} la scuola elementare e secondaria
nella lingua materna (limiti) ^{ed altri}
- b) la purificazione linguistica negli uffici pubblici
- c) ^{idem} il diritto di
d) ~~equivalenza~~ di parità ~~nel~~ di diritto
nell'accesso ai pubblici uffici

2. Alle popolazioni delle sopradette zone
~~verrà~~
~~sono~~ ^{verrà} garantito ^{rispetto} l'esercizio di
un potere legislativo ed esecutivo
~~per~~ regionale autonomo: la struttura
sulla struttura e sulla circoscrizione di
tale ^{ordinamento autonomo} ~~autonomia~~ ^{verrà} consultata
anche la ~~popolazione~~ ^{popolazione} ~~dei~~ ^{dei} esponenti locali
di lingua ~~tedesca~~ ^{tedesca} ~~ed~~ ^{ed} italiana

Der Pariser Vertrag im Internet:

www.provinz.bz.it/pariservertrag